

GRAZER Stadtblatt

www.kpoe-graz.at



Ausgabe 10, November 2018 • Österreichische Post AG / Postentgelt bar bezahlt • RM 06A036682 • 8020 GRAZ

Regionalmedium der **KPO** Graz - Gemeinderatsklub

Wohnen macht arm Beispiele aus der Praxis

Seite 2-3



DIE STIMME DER KINDER

Auf Vorschlag der Kinder werden
im November mehrere Haltestellen-Ansagen
von Kindern gemacht.
Weiteres zur Woche der Kinderrechte: Seite 7

1918
KPO
2018

100

Ein knallrotes Fest zum 100. Geburtstag

17. NOVEMBER
Volkshaus Graz
(Lagergasse 98a)

14 UHR
Einlass: 13 Uhr

ATTWENGER
TRIESTINER PARTISANENCHOR
ERICH HACKL • KURT PALM
ADRIANA CELENTANA & TOP*
GESCHICHTEN IM ERNST • ERNEST KALTENEGER
FRANZ PARTEDER • CLAUDIA KLIMT-WEITHALER

Freier Eintritt
bis 19:30 Uhr!
Danach 10€ Eintritt.

ZITIERT

„...dass sich die rund 60 Umwelt- und Verkehrsminister in den vergangenen Tagen quasi einzeln in dicken Limousinen kutschieren ließen. Das entstandene Bild war nicht eben glücklich. Man stelle sich vor, die Minister, die angereist waren, um über saubere Mobilität zu diskutieren, hätten sich etwas Anderes einfallen lassen: etwa mit der Bahn in die Stadt zu rollen, wenn auch nur vom Flughafen aus.“ Günter Pilch zum EU-Umweltministertreffen in Graz. (Kleine Zeitung, 31. 10. 2018.)



„Wer heute mehr Europa fordert, fordert automatisch mehr Militär und mehr Rüstung.“ Friedensforscher Thomas Roithner am EU-Alternativgipfel in Salzburg. (19.9. 2018).

„Geld und Zahlungssysteme können nicht Privaten überlassen werden. Ebenso wenig wie der Bau und die Verwaltung von Sozialwohnungen.“ Lucas Zeise (Unsere Zeit. 21.9.2018)

„Von der Rhetorik über „soziale Gerechtigkeit“ und „Chancengleichheit“ allein werden die Menschen nämlich nicht satt.“ SPÖ-Funktionär Roland Fürst über den Zustand der SPÖ. (Standard, 28.9. 2018).

„Den neuen Sozialen Bewegungen schadet es am meisten, wenn sie ein Bündnis mit dem Neoliberalismus eingehen.“ Sahara Wagenknecht. (Freitag, 42/2018).

„Es ist beschämend, dass es einer Bürgerinitiative der KPÖ bedarf, damit sich die Abgeordneten mit dem Thema leistbares Wohnen im Parlament beschäftigen.“ NRAbg. Noll, Liste Pilz, 5.11.2018 (Ausendung der Parlamentskorrespondenz)

Mieter müssen unter

Mieterberatung bei Elke Kahr – Beispiele aus der Praxis



Die KPÖ setzt sich für bezahlbaren Wohnraum ein.

Die Mieterberatung von Elke Kahr macht die Sorgen und Probleme der Menschen beim Wohnen offenkundig. Die Redaktion des Stadtblattes war einen Nachmittag lang dabei.

Rechtliche Aufklärung, Geldsorgen, aber auch Erkrankungen und Schicksalsschläge sind es, die viele zur Mieterberatung von Stadträtin Kahr führen. Sie gibt Informationen, gute Tipps, spricht Mut zu und hilft wo es geht.

Maklerprovision

Bei Frau S. erhöht sich die Miete auf 523 Euro. Mit dem Strom betragen die Wohnkosten die Hälfte ihrer Pension. 1.011 Euro Pension hat sie 2017 bekommen und 14 Euro Wohnunterstützung. Seit 2018 erhält sie 1.030 Euro Pension. Frau S. will wissen, ob sie künftig noch Wohnunterstützung bekommt. „Leider“, bedauert Elke Kahr. „Wohnunterstützung bekommt man nur mehr bis zu einem Einkommen von 1.020 Euro netto.“

Für Fr. S. wird es immer schwieriger, alle Ausgaben zu bewältigen. Eine kaputte Waschmaschine und ein Sprung in ihrer Prothese bereiten ihr finanzielle Probleme. Elke Kahr versucht, gemeinsam mit anderen Einrichtungen ihr dabei behilflich zu sein.

Frau T. hat lange Zeit in Wien als Krankenschwester gearbeitet. Aus beruflichen Gründen musste sie letztes Jahr nach Graz und hat auf die Schnelle eine 48 m²-Wohnung um 679 Euro angemietet. Die Wohnung wurde ihr zu teuer. Jetzt hat sie eine günstigere Wohnung um 592 Euro gefunden. Aber: Frau T. muss 1778 Euro Kautions plus 1.299 Euro Maklerprovision aufreiben. „Die Einstiegskosten stellen für viele eine große Hürde dar“, so Elke Kahr. Bei der Überprüfung der Unterlagen stellt sie fest, dass der Makler 113 Euro zu viel verlangt hat. „Er hat die Umsatzsteuer doppelt verrechnet. Das ist nicht zulässig.“ Den Betrag von 113 Euro kann Frau T. vom Makler zurückfordern.



Maklerprovision

Die KPÖ fordert die Abschaffung der Maklerprovision für Mieter. Über 10.000 Unterschriften wurden dem Parlament übergeben.

Mietverträge

Seit sieben Jahren wohnt Herr S. in einer kleinen Wohnung in Graz. Bei Überflutungen nach starken Regenfällen Mitte April wurde seine Wohnung durch eindringende Wassermassen unbewohnbar. Die Vermieterin hat die Wohnung mittlerweile saniert, doch musste sich Herr L. für fast sechs Monate selbst eine Übergangswohnung suchen. Bis Ende Juni war er bei Freunden, von Juli bis September in einem Wohnheim der Caritas. Anfang Oktober konnte er wieder in seine alte Wohnung einziehen. Er kommt in die Beratung zu Elke Kahr, weil er nicht weiß, was er tun soll – die Vermieterin verlangt, dass er für den Zeitraum, in dem er die Wohnung gar nicht bewohnt hat, 700 Euro Miete nachzahlt. Elke Kahr klärt Herrn L. auf, dass die Vermieterin das nicht verlangen darf. „Aber was soll ich tun?“ fragt Herr L. „Mein

stützt werden

Mietvertrag ist befristet und läuft mit Ende des Jahres aus. Wenn ich nicht bezahle, wird sie den Vertrag nicht verlängern. Diese Wohnung kann ich mir mit meiner kleinen Pension gerade noch leisten.“ In diesem Dilemma stecken Mieter immer wieder.

Mietverträge

Die KPÖ setzt sich für die Abschaffung von befristeten Mietverträgen ein.

Wohnen darf nicht arm machen, das Mietrechtsgesetz muss weiterhin die Mieter schützen und nicht die Hausherren.

Daher hat die KPÖ eine Petition mit über 8.000 Unterschriften im Frühjahr 2018 im Parlament eingebracht.

Die Anliegen: Mietobergrenzen, keine Maklerprovision für Mieter, Privatisierung öffentlicher Wohnungen stoppen, Befristung von Mietverträgen abschaffen und Bauprogramm für soziales Wohnen.

Derzeit wird die Petition der KPÖ im Bautenausschuss behandelt.



Weitere Beispiele an diesem Nachmittag:

Ein Vermieter verlangte für die Anmietung einer Wohnung eine Bearbeitungsgebühr, was nicht zulässig ist. Kahr rät der Mieterin, sich an die Schlichtungsstelle zu wenden.

Für einen weiteren Mieter erreicht Elke Kahr eine Reduktion der Nachzahlung von Betriebskosten nach einem Wasserrohrbruch.

Mietobergrenzen

In der Beratung war auch eine Mieterin, die schon 20 Jahre in ihrer Wohnung lebt. Vor dem Sommer erhielt sie ein Schreiben ihrer Hausverwaltung, wo ihr mitgeteilt wurde, dass in den nächsten Jahren sich die Miete um fast 300 Euro erhöhen wird (Annuitätenrückzahlung). Der Verbleib in der Wohnung ist mit 1.120 Euro Pension (nach über 40 Arbeitsjahren) nicht mehr möglich. Elke Kahr hilft ihr bei der Wohnungssuche.

Miet-Obergrenzen

Die Einführung von Mietobergrenzen ist ein dringendes Anliegen der KPÖ. Niemand soll mehr als ein Drittel des Einkommens für seine Miete ausgeben müssen. Das würde auch die öffentlichen Mittel für die Wohnbeihilfe entlasten.

Wohnbeihilfe – nicht aufgeben!

Die Wohnunterstützung (früher Wohnbeihilfe) gilt für alle Wohnungen mit einem Hauptmietvertrag.

Ob man Wohnunterstützung bekommt, hängt ausschließlich vom Einkommen ab. Aber: Die Wohnbeihilfe hat sich in

den letzten Jahren mehrmals geändert.

Deshalb: Nicht aufgeben! Stellen Sie erneut einen Antrag!

Bei Fragen können Sie sich gerne und jederzeit an den KPÖ-Mieternotruf wenden: 0316/71-71-08.

MEINE MEINUNG

Stadträtin Elke Kahr



Das kann man nicht erfinden

*Liebe Grazerin!
Lieber Grazer!*

Das kann man nicht erfinden: ÖVP und FP predigen fast jeden Tag die Sparsamkeit beim Umgang mit öffentlichen Mitteln. Sie kürzen deshalb eine Sozialleistung nach der anderen.

Bei sich selbst legen sie aber einen anderen Maßstab an. Bei Wahlkämpfen gilt in Österreich eine Höchstgrenze von 7 Millionen Euro pro Partei. Die ÖVP hat aber bei der Nationalratswahl 13 Millionen Euro ausgegeben, die FP fast 11 Millionen Euro. Der Großteil dieses Geldes kommt über die Parteienförderung aus öffentlichen Mitteln! Auch wenn diese Parteien jetzt Strafe zahlen müssen, begleichen sie das aus der Parteienförderung.

In Graz erinnern wir uns sehr gut an den Gemeinderatswahlkampf 2017, bei dem vor allem die ÖVP von Bürgermeister Nagl alles auffahren ließ, was gut und teuer war. Nach der Wahl gibt es Einschnitte bei den Sozialleistungen und Steigerungen bei der Parteienförderung.

Wasser predigen und Wein trinken. Das ist das Motto von schwarz-blau. Nicht nur im Bund sondern auch bei uns in Graz.

Meint

Ihre Stadträtin Elke Kahr

Sie erreichen mich im Rathaus:

Rathaus, 2. Stock, Tür 236, Tel. 0316 / 872-20 60

E-Mail: elke.kahr@stadt.graz.at

KLEIN, aber MIT BISS



Was macht die Gewerkschaft: Heißer Herbst oder Winterschlaf? Wir werden sehen.

AUS DEM INHALT

Spitzenposten-Weltmeister	4
Die Lebenshilfe berät	5
Kindern eine Stimme geben	6
Verkehr in Graz	7-8
Keine Schande	9
Robert Krotzer im Interview	10-11
Lokalberichte	13-16
12-Stunden-Tag	17
Aus dem Land /Impressen..	18/19
Arbeiterkammerwahl	20
1919 KPÖ Gründung	22-23
Termine	24-25
Leserbriefe	26
Tierecke, Rätsel	27

ÖVP: Bei Wahlen 38 % – bei Spitzenposten 90 %

Es ist kein Geheimnis: Die Personalpolitik der ÖVP im Grazer Rathaus grenzt an Postenschacher. Sie hat bei der Gemeinderatswahl 38 Prozent erreicht, bei der Postenvergabe nähert sich ihr Einfluss aber den 90 Prozent. Die „Kleine Zeitung“ hat das dokumentiert.



§§ RECHT GEFRAGT §§



Lassen Sie sich nicht einschüchtern!

Von Mag. Alfred Strutzenberger,
Mietrechtsexperte
im Büro von Stadträtin Elke Kahr

Nicht überrumpeln oder einschüchtern lassen, Rat einholen! Ein Mietvertrag ist ein Rechtsverhältnis, in dem sich Vermieter und Mieter grundsätzlich auf Augenhöhe gegenüberstehen.

Es gibt aber Fälle, wo Vermieter wie die sprichwörtlichen Hausherren agieren. Und viele Mieter glauben, sie seien gegenüber dem Vermieter in einer schwächeren Position. Zwei Beispiele:

Ein defekter Waschmaschinenanschluss verursachte einen Wasserschaden, dessen Behebung sich als sehr aufwändig herausstellte. Die Vermieterin setzte ein Schreiben auf, in dem sich der Mieter Klaus Sch. bereit erklärt, den Mietvertrag einvernehmlich aufzukündigen, da die Wohnung während der Sanierungsarbeiten sowieso unbewohnbar sei. Nur so könne er noch größeren Schaden verhindern. Klaus Sch. ließ sich überrumpeln und unterschrieb die Kündigung. Ein Fehler, denn ein Wasserschaden stellt im Regelfall nicht nur keinen Kündigungsgrund dar, die Hausversicherung des Vermieters hätte sogar für eine Ersatzunterkunft für die Dauer der Sanierungsarbeiten gesorgt.

Nadine P., alleinerziehende Mutter zweier Töchter wohnt im selben Haus wie ihr Vermieter. Dieser findet nichts dabei, mehrmals in der Woche in P.'s Wohnung nach „den Rechten“ zu sehen, auch in ihrer Abwesenheit. Als sich die Mieterin darüber beschwerte, bekam sie vom Vermieter zur Antwort, dass sie am nächsten Tag ihre Sachen im Garten finden würde und sofort ausziehen könne, wenn es ihr nicht passe. Mehrere Monate ließ sich Nadine P. einschüchtern, bevor sie in unsere Mietrechtsberatung kam. Der Vermieter hat nun zur Kenntnis genommen, dass er auch als „Hausherr“ weder die vermietete Wohnung mehrmals in der Woche kontrollieren noch die Wohnung in Abwesenheit der Mieterin betreten darf.

Sollten Sie Fragen zum Thema Wohnen und Mieten haben, stehen Ihnen Stadträtin Elke Kahr und ihr Team (Rathaus, Tel. 0316/872-2064) sowie die städtische Wohnungsinformationsstelle am Schillerplatz 4, Tel. 0316/872-5450, gerne zur Verfügung.

Max Mazelle: War Referent im Bürgermeisteramt. Derzeit Leiter der Kommunikationsabteilung der Stadt Graz.

Bernhard Inninger: War Referent im Bürgermeisteramt. Jetzt Leiter des Stadtplanungsamtes.

Verena Ennemoser: Seinerzeit Büroleiterin von ÖVP-Stadtrat Detlev Eisel-Eiselsberg. Jetzt Leiterin des Präsidialamtes der Stadt.

Michael Grossmann: Ex-SP-Stadtrat, unterstützte im Wahlkampf 2017 Bürgermeister Nagl, derzeit Leiter des Kulturamtes.

Klaus Frölich: ÖVP-Gemeinderat und Funktionär des ÖVP-Wirtschaftsbundes, gleichzeitig Obmann der Krankenfürsorgeanstalt der Stadt Graz (KFA).

Thomas Rajakovics: Derzeit ÖVP-Gemeinderat und im Bürgermeisteramt beschäftigt. Im Jänner wird er Leiter des Sportamtes.

Die Ausgliederung wichtiger Bereiche der Daseinsvorsorge (Haus Graz) hat für die ÖVP neue Möglichkeiten geschaffen, um „ihre Leute“ zu versorgen.

Wolfgang Malik: Der ÖAAB und ÖVP-Funktionär war früher Sekretär von Landesrat Herbert Payerl. Die Politik-Beratung der Steiermärkischen Landesregierung seit dem Jahr 1984 in Verkehrsfragen war sicherlich hilfreich bei der Bestellung zum Vorstandsvorsitzenden der Holding Graz (2000).

Günter Hirner: War im Büro-Nagl beschäftigt, als dieser Finanzstadtrat war. Derzeit Vorstand der GBG (Gebäude- und Baumanagement Graz GmbH).

Peter Stepanschitz: Der ehemalige Büroleiter von Bürgermeister Nagl ist jetzt in der Holding Graz für das Personal zuständig.

Bernd Schönegger: Ex-Geschäftsführer der Grazer ÖVP, bekannt wegen der Auseinandersetzung um illegale Parteienfinanzierung, wurde dritter Geschäftsführer bei der Firma Ankünder.

Ulfried Hainzl: Kurzzeitpräsident der Wirtschaftskammer Steiermark wurde als zweiter Geschäftsführer der stadteigenen Firma Citycom versorgt.

Die anderen Parteien sind in dieser Frage keine Unschuldslämmer. Unter Bürgermeister Götz war die FP am Zug und setzte „ihre Leute“ an wichtige Positionen. Derzeit ist FP-Vizebürgermeister Eustacchio für die Personalangelegenheiten in der Stadt verantwortlich.

Die ÖVP hat es in der Frage der Postenbesetzungen aber zu einer wahren Meisterschaft gebracht. Erleichtert wird dies alles durch die am 14. Dezember 2017 beschlossene Aushöhlung der Objektivierungsrichtlinien der Stadt. Die KPÖ hat damals dagegen gestimmt. Zu Recht.

Quellen: Kleine Zeitung, 21. Oktober 2018, eigene Recherche.

Mieter-Notruf

mit Stadträtin Elke Kahr

Tel. **0316 71 71 08**

Wir überprüfen, beraten und helfen bei Fragen rund ums Thema Wohnen.

Täglich von 10.00 – 20.00 Uhr (auch am Wochenende)

Elke Kahr. KPO

Die Lebenshilfe berät

Wer mit einer Behinderung konfrontiert ist - ob bei sich selbst oder im engsten Familienkreis - den beschäftigen meist viele Fragen und Sorgen.

Wie gehe ich persönlich mit der (neuen) Situation um? Was bedeutet das für die ganze Familie? Wohin kann ich mich wenden, um Unterstützung zu bekommen? Welche Ansprüche kann ich geltend machen? Wer hilft mir bei der Formulierung meines Antrages? Wie kann ich mich gegen ungerechte Behandlung wehren?

Angebotsberatung

Die Beratungsstelle der Lebenshilfen Soziale Dienste in der C.-v.-Hötzendorfstraße kann hier weiterhelfen, denn sie bietet ein breites Beratungsspektrum an. Ganz oben steht dabei die sog. „Angebotsberatung“. Dabei bekommen Menschen mit Behinderung und ihre Angehörigen wichtige Tipps und Informationen, um die für sie passende Unterstützung zu finden. Bei der Lebenshilfe verfügt man über eine gute Vernetzung und Kooperation mit verschiedenen Beratungsstellen und Organisationen. „Anders wäre es nicht

möglich, diese Dienstleistung anzubieten, denn die Angebote der Behindertenhilfe sind oft schwer überschaubar“, sagt die Leiterin der Beratungsstelle, Carolin Gosch. „Viele kommen über Empfehlungen zu uns oder werden von Sozialarbeitern zu uns geschickt und sind meist sehr froh, dass wir sie unterstützen und begleiten.“

Derzeit werden etwa 500 Personen jährlich in insgesamt 1500 Beratungseinheiten pro Jahr betreut.

Beratung für Angehörige

Mit einer Behinderung zu rechtzukommen, das heißt aber nicht nur, organisatorische, finanzielle und wirtschaftliche Probleme zu bewältigen. Deshalb bietet die Beratungsstelle der Lebenshilfe, die sich dem Motto „Wege für Menschen“ verschrieben hat, auch Psychotherapie, Familienmediation und Rechtsberatung für Menschen mit Behinderung und ihre Angehörigen an. Menschen mit Behinderung können darüber hinaus an Seminaren zur Persönlichkeitsbildung teilnehmen, die ihnen dabei helfen sollen, mehr Selbstbewusstsein und Selbstbestimmung zu entwickeln. „Achtsam miteinander umgehen“, „Ich setze mich durch: aber wie?“



foto: schiffer

Beratungsstelle in der C-v-Hötzendorfstraße

und „Ich schütze mich“ sind nur einige der Titel der Seminare.

Wissen, wo's langgeht

Im Juli dieses Jahres besuchte KPÖ-Gesundheitsstadtrat Robert Krotzer die Beratungsstelle. „Das Angebot der Lebenshilfe-Beratungsstelle ist ein gutes Beispiel, wie umfassende Beratung für Menschen mit Beeinträchtigung und ihre Familien funktionieren kann. Hier arbeiten Sozialarbeiter, Pädagogen, Psychologen, Juristen und andere Fachleute Hand in Hand, um für die Betroffenen ideale Lösungen zu erarbeiten“, so Krotzer. „Doch viele wissen gar nicht, dass es dieses Angebot bei der Lebenshilfe gibt. Und würden tatsächlich alle hinkommen, würde die Beratungsstelle mit den derzeitigen Kapazitäten wahrscheinlich aus allen Nähten platzen.“

Die KPÖ wünscht sich eine Ausweitung dieses Beratungsmodells. KPÖ-Gemeinderätin Sigrid Zitek hat im Gemeinderat beantragt: Analog zur Pflegedrehscheibe, an die sich alle Grazerinnen und Grazer mit Fragen rund um das Thema Pflege wenden können, sollte es auch für behinderte Menschen und ihre Angehörigen eine zentrale An-

laufstelle geben, wo das gesamte Fachwissen gebündelt wird. „Damit könnte man Menschen mit Behinderungen und ihren Familien viel Zeit und viel Ärger ersparen“, betonte die KPÖ-Sprecherin für Menschen mit Behinderungen.

Menschenrechte und Behinderung

Gefragt nach ihren Wünschen an die Politik, wiesen Carolin Gosch und Andrea Feiner von der Beratungsstelle auf das Fehlen von ausreichenden Wohnangeboten für Menschen mit Behinderung hin. Es gibt kaum Wahlmöglichkeiten. Die Wartelisten in den Wohnhäusern sind lang und innovative Wohnformen gibt es wenige. Auch der Arbeitsbereich und Arbeitsmöglichkeiten für Menschen mit Behinderung sind Mangelware.

„Junge Menschen mit Lernschwierigkeiten brauchen nach der allgemeinen Schulpflicht noch eine Überbrückung und oft eine Nachreifezeit, um am Arbeitsmarkt bessere Chancen zu haben“, so Andrea Feiner. „Die Forderung in der Menschenrechtskonvention, leben, wohnen und arbeiten, wie andere auch ist leider noch lange nicht erfüllt“, ergänzen Feiner und Gosch.

Leben und arbeiten, wo ich will!



foto: lehi, Leoben

Kindern eine Stimme geben

Haltestellenansage durch Kinder

Es ist eine Österreich-Premiere: Auf Initiative von Stadträtin Elke Kahr sagen fünf Kinder, (die Grazer Kinderbürgermeisterin Madeleine Stolz und weitere vier Kinderparlamentarier im Alter zwischen 6 bis 12 Jahren) noch bis 22. November 14 Haltestellen der Grazer Straßenbahnlinien an.



Die Idee der Grazer Kinder: „Wir wollen einmal Haltestellen in den Grazer Bims ansagen“, lautete der Wunsch der Grazer Kinderbürgermeisterin Madeleine Stolz und der Kinderparlamentarier. Jetzt ist ihr Wunsch in Erfüllung gegangen: Anlässlich der Kinderrechte-Woche vom 18. bis 25. November durften fünf Kinderparlamentarier ins Tonstudio, um ihre Stimme für die Haltestellenansagen aufzunehmen.

Gerhard Amtmann von den Graz Linien verwies auf die zunehmende Bedeutung der öffentlichen Verkehrsmittel in der Stadt und zollte den Kindern, die sich am Projekt beteiligt haben, große Anerkennung. „Ich war überrascht vom großen Engagement der Kinder“, so Amtmann. „Es freut mich, dass es dank der guten Zusammenarbeit mit der Holding Graz gelungen ist, den Wunsch so rasch umzusetzen. So können wir Kindern nicht nur eine Stimme, sondern auch Gehör in unserer Gesellschaft schenken. Außerdem werden wir damit bestimmt einigen Erwachsenen ein Lächeln ins Gesicht zaubern können“, sagt Stadträtin Elke Kahr.

Madeleine Stolz (12) erzählte

von der Tätigkeit des Kinderparlaments und dass sie seit März dieses Jahres Kinderbürgermeisterin ist, und gemeinsam mit den beiden Kinderparlamentariern Soham (10) und Vritika (6) berichtete sie von den Aufnahmen im Tonstudio.

Die Kinderrechte-Woche soll daran erinnern, dass wir die Rechte der Kinder besonders schützen müssen. Dabei darf auf kein Kind vergessen werden.



Kinderrechte

Anlässlich der Kinderrechte-Woche finden Veranstaltungen und Aktionen statt. Auftakt ist die „Gala der Kinderrechte“ mit „Trau Di“-Preisverleihung und 20-Jahre-Geburtstagsfeier des Kinderbüros, am **16. November um 17.30 Uhr im Dom im Berg.**

Kinder, die in Graz mitreden und mittun wollen, sind herzlich eingeladen, Kinderparlamentarier zu werden. Wenn sie das möchten, können sie sich an Frau Heidi Jursitzky vom Kinderbüro E-Mail: heidi@kinderparlament.at oder Tel. 0650 / 833 666 3 wenden.

Oeverseegasse: Vorher – nachher



In der Oeverseegasse gab es immer wieder Ärger wegen wild zwischen den Alleebäumen parkender Autos. Im Zusammenwirken von Straßenamt und Holding Graz Stadtraum ist nun eine ansehnliche Lösung gelungen.

Radfahrtraining in Straßgang



Jedes Kind lernt Radfahren. Wirklich? Und dann? Tatsache ist, dass immer weniger Kinder das Fahrrad für den Schulweg nutzen. Die Stadt Graz – Abteilung für Verkehrsplanung, bietet in den 4. Volksschulklassen Trainings vor der freiwilligen Radfahrprüfung an, mit 12, wenn die Kinder generell alleine fahren

dürfen, ist aber viel wieder verlernt. Deshalb gibt es heuer erstmals auf Initiative von Stadträtin Elke Kahr Auffrischungs- bzw. Perfektionskurse für Schüler der fünften und sechsten Schulstufen. Das Training wird von der Radfahrschule Easy Drivers im „Schonraum“ und in der Verkehrswirklichkeit durchgeführt.

Elke Kahr: neue Gehsteige in Gösting und Straßgang



Ein langjähriger Wunsch der Bevölkerung wird umgesetzt: In Gösting entstehen neue Gehsteig-Abschnitte, Grafenbergstraße (Oben). Ebenso in Straßgang, Weiberfelderweg (unten).



Kaiser-Josef-Platz. Breite Haltestelleninsel mit Baumreihe, der westliche Schutzweg rückt an die Kreuzung Luthergasse/Girardigasse heran, auf Höhe Oper kommt noch eine aufgepflasterte Fußgänger-Furt zum Markt.

Aktuelle Baustellen in Graz:

Sie benötigen genaue Infos zu Grazer Baustellen?

Täglich aktualisierte Daten zu Baustellen finden Sie unter: www.graz.at/baustellen

Ost-West Radverbindung wird geplant

Mehrere Personen haben sich an Verkehrsstadträtin Elke Kahr gewandt, weil sie sich durch Radfahrer am Gehsteig am Kalvarienberggürtel gefährdet fühlten. Die Bitte aus dem Stadtratsbüro an die Polizei, Kontrollen durchzuführen, war erfolgreich. Rückmeldungen bestätigen, dass die Radlerinnen und Radler jetzt ihre Räder schieben, wenn sie den Gehsteig benutzen. Der Dank von Stadträtin Kahr gilt der Polizei, die der Bitte rasch nachgekommen ist.

„Es ist sehr wichtig, dass die schwächsten Verkehrsteilnehmer geschützt werden“, betont Kahr. „Aber auch für Radfahrer suchen wir nach einer zufriedenstellen-

den Lösung, denn viele weichen ja auf den Gehsteig aus, weil sie sich auf der stark befahrenen Straße nicht sicher fühlen“, sagt die Stadträtin.

Es gibt bereits Vorausplanungen für eine Ost-West-Radachse nördlich des Hauptbahnhofs. In den nächsten Jahren wird in einem ersten Schritt gemeinsam mit der Sanierung der Unterführung Peter-Tunner-Gasse ein Radweg kommen, der südseitig der Peter-Tunner-Gasse von der Waagner-Biro-Straße bis zur Wiener Straße verläuft.

Im Anschluss soll der weitere Verlauf am Kalvariengürtel Richtung Norden folgen.

Fahrscheinkontrolle

Die Fahrscheinkontrolle wird mit Jahreswechsel wieder von der Stadt Graz selbst durchgeführt. Die KPÖ hat sich immer

gegen eine Fremdvergabe ausgesprochen. Dass dieser Schritt wieder rückgängig gemacht wird, ist sehr positiv.

Neuerungen bei Linien 1 und 7



Die Straßenbahnlinien 1 nach Mariatrost und 7 nach LKH/Universitätsklinikum warten nach einem ausgiebigen Baustellensommer mit einigen Neuerungen auf.

Im Zuge des Gleistauschs in der Gleisdorfergasse, am Kaiser-Josef-Platz und in der Leonhardstraße/Hartenaugasse wurden Straßenraum und Haltestellen neu gestaltet und Baum-

pflanzungen durchgeführt.

In Mariatrost (Bild oben, Wagnesweg), wo der zweite von drei Neubau-Abschnitten abgeschlossen wurde, ist auch auf Wunsch der Bevölkerung ein Zaun zwischen Trasse und Geh- und Radweg errichtet worden. Der dritte, künftig zweigleisige Abschnitt zwischen Kroisbach und Wagnesweg wird zu Ostern 2019 gestartet.

Radweg Keplerstraße



Komfortabel präsentiert sich der Radweg in der Keplerstraße, nachdem der Abschnitt zwischen Josefigasse und Marienplatz saniert wurde: Der Radweg wurde auf das Gehsteigniveau angehoben und etwas verbreitert, die Berg- und Talfahrt an den Einmündungen fällt weg und durch die nach außen gelegte Gehsteigkante gibt es mehr Schutz gegenüber (ein-)parkenden Autos. In den kommenden Jahren sollen die Abschnitte nach Westen (Hauptbahnhof) und Osten (Keplerbrücke) in ähnlicher Weise verbessert werden.

Einschub für Abend-BULME ist super angelaufen

Eigentlich war der neue abendliche Einschubbus von der HTL BULME in Gösting zum Hauptbahnhof dazu gedacht, mit dem Ausfall von 60 % der Parkplätze durch den Werkstätten-Neubau Umsteigemöglichkeiten zu schaffen. Nun wurde zwar der Neubau verschoben, der Bus auf Initiative von Dir. Günther Greier und Verkehrsratsrätin Elke Kahr mit Schulbeginn dennoch realisiert. Die Inanspruchnahme durch die vielfach von auswärts kommenden Abendschüler überraschte im positiven Sinn: „Weil durch einen



etwas früheren Schulschluss der Bus mit Abfahrt um 21.50 Uhr die Anschluss-Schnellbahnen erreicht, wird er super angenommen“, so Direktor Greier.



Gleisdorfergasse mit verbreitertem Gehsteig. Ladetätigkeit und nächtliches Zonenparken ist erlaubt. Linksabbiegen in die Girardigasse ist nicht mehr möglich.

Leonhardstraße, HS Reiterkaserne



Die alte Inzellösung stadteinwärts ist Geschichte, die Kreuzung Hartenaugasse ist nun ampelgeregelt und ein Linksabbiegeverbot soll den Tram-Verkehr möglichst störungsfrei halten. Der Kfz-Verkehr wird eine Quergasse weiter durch die Seebachergasse geführt, wo es künftig eine Ampelregelung an der Kreuzung Elisabethstraße geben wird.

Keine Schande

Nach Herz-Kreislauf-Erkrankungen sind Depressionen die häufigste Diagnose in Österreich. Etwa ein Drittel der Menschen erkrankt psychisch. Das ist nichts, wofür man sich schämen müsste.



Psychische Erkrankungen werden vielfach mit einem „Kopf hoch!“ abgetan. Als krank gilt immer noch, wer Fieber hat. Und obwohl immer mehr Menschen in Österreich darunter leiden, ist es immer noch tabu, darüber zu reden oder sich professionelle Hilfe zu holen.

WOHIN WENDEN?

pro mente steiermark GmbH
Gesellschaft für psychische und soziale Gesundheit

Eisteichgasse 17, 8042 Graz

Tel. 050 – 441-0

E-Mail:

zentrale@promentesteiermark.at

www.promentesteiermark.at

GFSG – Gesellschaft zur Förderung der seelischen Gesundheit
Psychosoziale Beratungsstelle
Graz, Granatengasse 4/1, 8020 Graz

Tel. 0316 – 711 0040

E-Mail:

PSZ.granatengasse@gfsg.at

www.gfsg.at

Psychosoziales Zentrum

Graz-Ost, Hasnerplatz 4, 8010

Tel. 0316 – 67 60 76

E-Mail: PSZ.hasnerplatz@gfsg.at

Anzeichen richtig deuten

Nicht gut zu schlafen oder sich nicht konzentrieren und über Dinge freuen zu können, passiert vielen. Hält das aber über mehrere Wochen hindurch an, könnte es ein Zeichen für eine Depression sein.

„Viel zu viele Menschen empfinden eine Depression als persönliches Versagen“, sagt der Grazer Gesundheitsstadtrat **Robert Krotzer** (KPÖ), „dabei ist das Gegenteil der Fall“: Genetische Veranlagung spielt eine Rolle. Zu großer Druck im Beruf, zusätzliche Belastungen

im privaten Umfeld, der Verlust des Arbeitsplatzes oder der Tod eines geliebten Menschen können Depressionen auslösen. Auch der Lichtmangel in den Herbst- und Wintermonaten beeinflusst das neurologische Gleichgewicht.

Früherkennung wichtig

Wie bei allen Erkrankungen gilt: je früher sie erkannt werden, desto besser und leichter sind sie zu behandeln. Manchmal kann schon Licht und Bewegung an der frischen Luft Erleichterung schaffen. „Wir brauchen ein Klima, in dem man offen darüber

sprechen kann. Wie man bei einem gebrochenen Fuß eine Behandlung braucht, ist das auch bei psychischen Problemen nötig“, so Krotzer.

KPÖ für Psychotherapie auf Krankenschein

Zwar können psychische Erkrankungen heute effektiv behandelt werden, aber es fehlen dafür oft die Mittel. Darum setzt sich die KPÖ für Psychotherapie auf Krankenschein ein. Beharrlich an der Bewusstseinsbildung für dieses Thema arbeitet die Grazer KPÖ-Gesundheitssprecherin **Elke Heinrichs**. Auch wenn dieses Ziel noch lange nicht erreicht ist, gibt es Schritte in die richtige Richtung: Zuletzt hat der Hauptverband der Sozialversicherungsträger die Zuschüsse zumindest von 21 auf 28 Euro pro Sitzung erhöht.

Im Landtag macht die KPÖ ebenfalls Druck – mit Erfolg, wie Landtagsabgeordnete **Claudia Klimt-Weithaler** berichtet. Land Steiermark und GKK haben zuletzt Stellen für Kinder- und Jugendpsychiatrie geschaffen.

Bei alterspsychologischen Angeboten wiederum gibt es in Graz gute Neuigkeiten. „Es ist gelungen, sie finanziell besser auszustatten“, freut sich Krotzer.

TIPPS FÜR PSYCHISCHE GESUNDHEIT

BLEIBEN SIE AKTIV!

Nicht nur Pausen, in denen Sie Musik hören oder in einer Zeitschrift blättern, sollten Sie sich gönnen. Auch Bewegung ist ein wichtiger Ausgleich zu einem stressigen und belastenden Alltag. Sie müssen keinen Hochleistungssport betreiben oder sich in der Kraftkammer verausgaben. Gemütliches Joggen oder Spaziergänge helfen dabei, den Kopf frei zu bekommen.

GEBEN SIE SICH NICHT AUF!

Trauer zu bewältigen oder einen Schicksalsschlag zu verarbeiten, braucht Zeit, die Sie sich nehmen

dürfen – und sollen. Kontakt zu Freunden und Freundinnen zu halten oder in geselligen Runden und Vereinen aktiv zu sein, gibt Halt.

REDEN SIE DRÜBER!

Geteiltes Leid ist halbes Leid, sagt der Volksmund. Und tatsächlich: Sich auszusprechen oder Menschen um Rat zu fragen, denen Sie vertrauen, kann für Erleichterung sorgen. Auch professionelle Hilfe in Anspruch zu nehmen, ist ein Zeichen von Stärke und von Mut, sich den Dingen zu stellen, die Sie belasten (siehe Kasten „Wohin wenden?“).

Lieber reich und gesund, als arm und krank?

Über neue Wege in der Pflege, die Profitgier von Versicherungen und Pharmakonzernen – und über die Hintergedanken so mancher „Reform“ sprach das Stadtblatt mit Gesundheitsstadtrat **Robert Krotzer** (KPÖ).

Haben wir einen Pflegenotstand?

Robert Krotzer: So schlimm wie etwa in Deutschland ist es zum Glück noch nicht. Aber: Wie wir mit älteren Menschen umgehen, die auf Hilfe angewiesen sind, sagt viel über die Gesellschaft aus. Beim Thema Pflege müssen die Menschen und ihre Bedürfnisse im Mittelpunkt stehen. Was in der Debatte viel zu oft unter den Tisch fällt, sind die Arbeitsbedingungen und Löhne der Beschäftigten, die oft alles andere als fair sind.

Die meisten Menschen wollen so lange wie möglich zuhause bleiben. Und Heime sind ja die teuerste Form der Versorgung. Sollte man nicht hier ansetzen?

Krotzer: Genau! Niemand soll gezwungen sein, in ein Pflegeheim zu gehen, nur weil er sich die mobilen Pflegedienste nicht leisten kann. Viele pflegebedürftige Menschen wären gesundheitlich nämlich durchaus in der Lage,

in den eigenen vier Wänden zu bleiben. Deshalb haben wir das „Grazer Modell“ entwickelt: Zahlungen der Stadt sorgen dafür, dass Pflegebedürftigen auf jeden Fall die Höhe der Mindestpension von 863 Euro erhalten bleibt – egal, in welchem Ausmaß sie Hauskrankenpflege, Pflegeassistenz oder Heimhilfe in Anspruch nehmen.

Von verschiedener Seite wird immer wieder die Einführung einer Pflegeversicherung verlangt. Wie sehen Sie das?

Krotzer: Das muss man sich sehr genau anschauen. Die Frage Pflichtversicherung oder Versicherungspflicht ist keine Wortklauberei. Es ist die Frage: solidarische Pflege oder Finanzcasino? Bei der Pflichtversicherung zahlen Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleichermaßen ein. Alle Versicherten haben Anspruch auf Pflege. Wie bei der Krankenversicherung spielen Gewinninter-



sen von Versicherungskonzernen keine Rolle.

Bei einer Versicherungspflicht hingegen läuft es wie bei einer Autoversicherung: Die Menschen müssen sich um die Versicherung selbst kümmern. Wer älter ist oder in einem harten Beruf arbeitet, muss höhere Prämien zahlen. Wie soll eine durchschnittlich verdienende 50-Jährige ausreichend einzahlen können, um den vollen Leistungsumfang in Anspruch nehmen zu können? Dazu kommt das Finanzcasino: Die großen Player im Versicherungsbusiness sind alle an der Börse höchst aktiv.

Stichwort Krankenversicherung: Bringt die Zusammenlegung Vorteile für die Versicherten?

Krotzer: Wir gehen vom Gegenteil aus. Dass die Einsparungen, von denen die Regierung spricht, Schall und Rauch sind, hat schon der Rechnungshof nachgewiesen. Bundeskanzler Kurz geht es

einzig darum, den Einfluss der Arbeitnehmer zurückzudrängen und den der Unternehmer zu stärken. Das ist aber gefährlich, wie das Beispiel AUVA zeigt. Die Unternehmer wollen nämlich weniger Beiträge zahlen. Und haben die Kassen weniger Geld, werden die Leistungen für die Versicherten beschnitten oder Selbstbehalte eingeführt.

Aber es ist doch ungerecht, dass die oberösterreichische Kasse Leistungen bezahlt, für die die steirische nicht aufkommt – und umgekehrt.

Krotzer: Das stimmt. Aber um Leistungen zu harmonisieren, braucht man keine Zusammenlegung und schon gar keine Umfärbelung. Die Regierung benutzt das nur als Vorwand.

Die nächste große Baustelle im Gesundheitssystem ist der Ärztemangel. Wie soll man dem entgegenwirken?

Krotzer: Das Nachwuchsproblem ist auch hausgemacht und beginnt bei der Ausbildung. Jedes Jahr treten weit über 3.000 junge Leute zum Aufnahmetest bei der Grazer Medizin-Uni an. Aufgenommen werden aber nur 360, gerade einmal etwas mehr als zehn Prozent.

Ein nicht kleiner Teil von denen, die das Studium abschließen, geht dann nach Deutschland. Die Politik dort setzt darauf, dass sie die Leute nicht selbst ausbilden müssen, sondern sie einfach aus dem Ausland abwerben.

Derzeit haben wir vor allem das Problem eines Kassenärztemangels. Mehr als zwei Drittel der Fachärzte sind Wahlärzte – Tendenz steigend. Allerdings können es sich immer weniger Menschen leisten, das Geld vorzustrecken oder einen großen Teil der Behandlungskosten aus eigener Tasche zu tragen. Leider stimmt es immer mehr, wenn es im Volksmund heißt: „Lieber reich und gesund als arm und krank.“ Es braucht dringend mehr Kassenstellen.

Es gibt sie also, die Zwei-Klassen-Medizin?

Krotzer: Ja, leider! Und Graz ist dafür ein trauriges Beispiel. Suchen Sie einmal im Internet auf docfinder.at nach „Hausarzt 8010“ und dann nach „Hausarzt 8020“! Sie werden staunen, wie ungleich die Verteilung ist.

Auch die Wartezeiten in den Krankenhäusern werden immer länger.

Krotzer: Das ist sehr schlimm: Wer keine Zusatzversicherung hat, muss manchmal über ein Jahr auf einen Operationstermin warten. Zeitgleich setzt die rot-schwarze Landesregierung den Sparstift an. Dabei haben die Schließungen von Abteilungen und ganzen Spitälern in der Steiermark den Druck auf die Grazer LKH-Standorte massiv erhöht. Das spüren nicht nur die Patienten, sondern vor allem auch die Beschäftigten. Sie arbeiten vielfach an der Grenze ihrer Belastungsfähigkeit.

Aber das kostet ja alles...

Krotzer: Der größte Brocken für die Kassen sind die Aufwendungen für Medikamente. Sie sind massiv in die Höhe geschwollen. Von 2005 bis 2015 sind die Ausgaben für hochpreisige Medikamente (mehr als 700 Euro pro Packung) um 420 Prozent gestiegen und machen gesamt 838 Millionen Euro aus. Die fünf größten Pharmakonzerne der Welt haben 2015 einen Umsatz von 200 Milliarden Dollar und einen Gewinn von 50 Milliarden Dollar erzielt. Das ist ein Siebtel der gesamten österreichischen Wirtschaftsleistung!

Letzte Frage: Wie stellt sich die KPÖ die Finanzierung vor?

Krotzer: Das ist eine Verteilungsfrage. Nicht die Ausgaben für das Gesundheitssystem sind explodiert, sondern die öffentliche Hand tut sich immer schwerer, die Mittel dafür aufzubringen. Österreich ist eines der reichsten Länder der Welt, verkommt aber immer mehr zum Steuerparadies für Konzerne und Superreiche. Die KPÖ ist hingegen der Auf-

fassung, man sollte sich das Geld dort holen, wo es reichlich vorhanden ist.



Retten wir unser Gesundheitssystem: Die Broschüre ist als PDF unter <https://tinyurl.com/Gesundheit-KPOE> online abrufbar. Bestellung im Landtagsklub der KPÖ, Herrengasse 16, 8010 Graz, Tel. 0316/877-5104 bzw. unter ltk-kpoe@stmk.gv.at

RAT UND HILFE

PFLEGEDREHSCHIBE

Ein umfassendes Angebot bietet die Pflegedrehscheibe der Stadt Graz, um die individuell passende Pflege zu ermöglichen. Albert-Schweitzer-Gasse 38, 8020 Graz, **Tel.:** 0316 - 872 6382 **graz.at/pflegedrehscheibe**
E-Mail: pflegedrehscheibe@stadt.graz.at
Montag bis Freitag, 10–15 Uhr

IMPFSTELLE

Schutz gegen die echte Grippe bietet eine Vierfach-Schutz-Impfung, die auch das Gesundheitsamt der Stadt Graz anbietet. Dort muss lediglich der Impfstoff *VaxiGrip Tetra* (12 Euro) bezahlt werden – und kein Honorar. Da sich das Grippevirus jedes Jahr verändert, sollte die Impfung jährlich vorgenommen werden. Ältere Menschen, chronisch Kranke und immungeschwächte Personen sollten sich impfen lassen.

Schmiedgasse 26, 8010 Graz
Tel.: 0316 - 872 3223

graz.at/impfstelle
E-Mail: gesundheitsamt@stadt.graz.at
graz.at
Montag bis Freitag, 8–13 Uhr

ALBERT-SCHWEITZER-TRAININGSZENTRUM

INFORMIEREN, LERNEN, TRAINIEREN



Informieren, lernen, trainieren – für ein Leben zu Hause im Alter. Das Albert-Schweitzer-Trainingszentrum der GGZ ist ein Ort, an dem Sie Pflege und Betreuung in einer Kleingruppe erlernen können. Sie probieren pflegerische Handlungen in einer Übungswohnung aus, die wie ein typischer Haushalt aufgebaut ist. Daher sind die Trainingseinheiten sehr praxisorientiert. Durch die Besichtigung der Übungswohnung können Sie auch Ideen für Ihre Wohnung gewinnen.

EINFACH SPAREN

Lüften richtig gemacht



Nach dem heißen Sommer werden jetzt die Tage und vor allem die Nächte wieder deutlich kühler. Um die 900 Euro, die für einen durchschnittlichen Haushalt pro Jahr an Heizkosten anfallen, zu senken, ist nicht nur die richtige Bedienung des Heizkörperthermostats von Bedeutung, sondern auch das richtige Lüften.

Die trockene und kühle Winterluft sorgt für einen raschen Luftaustausch in den Räumen. Um die Auskühlung des aufgeheizten Raumes zu verhindern, sollten Sie mehrmals täglich Stoß- oder Querlüften, anstatt die Fenster dauerhaft gekippt zu halten. Dies spart nicht nur Energie, sondern verhindert auch ein mögliches Schimmeln der Wände.

Um festzustellen, ob sich die Luftfeuchtigkeit im Raum im optimalen Bereich zwischen 40-60 % befindet, empfiehlt sich die Anschaffung eines Hygrothermometers, das bereits um ca. 15 Euro zu haben ist.

Bevor Sie die Fenster öffnen, sollten Sie auch unbedingt die Heizkörperthermostate komplett abdrehen, um nicht sprichwörtlich die Energie aus dem Fenster hinaus zu heizen. Nach dem Lüften nicht vergessen, sie wieder auf die ursprüngliche Position zu bringen, denn Frostbeulen soll sich im Winter auch niemand einfangen.

Von Gabi und Gernot

**FRAGEN SIE UNS!
Tel. 0664/231 8626**



**Einladung zur Info-Veranstaltung
Smartmeter**

Im ersten Teil der Veranstaltung geht es um die umstrittenen Smart Meter. Was ist das?

Betrifft mich das? Kann ich mich dagegen wehren? Die Digitalisierung der Stromzähler, um auf Daten zu Verbrauch und Kundenverhalten zugreifen oder den Strom jederzeit abschalten zu können, ist höchst problematisch.

Karl-Heinz Kettl von der Arbeiterkammer Steiermark wird über die Funktionsweise der Smart-Me-

ter, die Einführung in der Steiermark, rechtliche Fragen, technische Hintergründe und Wahlmöglichkeiten der Tarifgestaltung informieren.

Im zweiten Teil der Veranstaltung geht es ums **Energiesparen**. Karin Dullnig von ecoversum wird mit Beispielen die Kosten für Strom und Heizung aufzeigen und über Maßnahmen zur Reduktion von Verbrauch und Kosten informieren. Sie steht auch für individuelle Beratungen zur Verfügung.

**Mo., 19. November, 18 Uhr
Volkshaus Graz, Lagergasse 98a**

Weihnachtsbeihilfe
Achtung: Anmeldung nur noch bis 16. 11.!

**Wer eine SozialCard hat, kann vom Sozialamt der Stadt Graz auch heuer wieder eine Weihnachtsbeihilfe von 50 Euro beziehen.
Achtung! Es muss bis 16.11.2018 ein Antrag gestellt werden.**

Wurde die Weihnachtsbeihilfe früher automatisch auf das Konto der SozialCard-Bezieher überwiesen, haben ÖVP/FP jetzt folgende neue Vorgehensweise beschlossen:

Die Weihnachtsbeihilfe muss online beantragt werden (ausgenommen von der Antragspflicht sind dauerhafte SozialCard-Bezieher, wie z.B. Mindestpensionisten). Die Anmeldefrist dauert nur zwei Wochen, nämlich vom 1. bis zum 16. November.

Es wird kein Geld mehr ausbezahlt. Stattdessen bekommen die Berechtigten jetzt Sodexo-Gutscheine.

Der Verwaltungsaufwand für die Abwicklung der Gutscheinkarte und die zu erwartenden Versandgebühren bedeuten nicht nur mehr Mühe für die Betroffenen, sondern auch zusätzlichen Verwaltungsaufwand für die Stadt. „Geld, das besser den Anspruchsberechtigten zugute-



kommen sollte“, sagt Stadträtin Elke Kahr.

Nachteile gibt es auch für Unternehmen, die Sodexo-Gutscheine annehmen. 4,5 % des Umsatzes müssen sie an Sodexo abführen.

Liebe SozialCard-Bezieher, verschenken Sie Ihr Weihnachtsgeld nicht!

Bei Problemen mit der Online-Anmeldung oder Fragen rufen Sie im Büro von Stadträtin Elke Kahr an (Tel. 0316/872 2061). Wir helfen Ihnen gerne! Einlösestellen für die Sodexo-Gutscheine finden Sie unter: www.sodexobenefits.at/einloese-stellen-suche



Sozialratgeber der KPÖ – Ausgabe 2018

Bestellungen im KPÖ-Gemeinderatsklub (Tel. 0316/872 2154, klub.kpoe@stadt.graz.at, V. Nekrepp) und in den Büros von Stadträtin Elke Kahr (Tel. 0316/872 2061) und Stadtrat Robert Krotzer (Tel. 0316/872 2070).

Der Sozialratgeber ist kostenlos. Online ist der Sozialratgeber verfügbar unter: <https://www.kpoe-graz.at/sozialratgeber-der-kpoe-graz-22.phtml>



FÜR SIE ERREICHT MEHR PERSONAL IM STANDESAMT

In den letzten Monaten kam es aufgrund eines Personal Mangels zu sehr langen Wartezeiten bei der Ausstellung der Geburtsurkunde. Bis zu vier Wochen mussten frischgebackene Eltern auf die Urkunde warten und somit auch auf das Wochengeld der Gebietskrankenkasse. „Diese Situation bringt vor allem Alleinerzieher sowie Eltern mit



niedrigem Einkommen in eine äußerst schwierige Lage“, berichtet Gemeinderat **Kurt Luttenberger**. Vor dem Sommer hat er einen diesbezüglichen Antrag im Gemeinderat gestellt. Jetzt hat die Stadt Graz auf diesen Engpass reagiert und wird drei neue Mitarbeiter einstellen. **Wir sagen Danke im Namen der Grazerinnen und Grazer.**

ANLAUFSTELLE FÜR MENSCHEN MIT BEHINDERUNG

Menschen mit Beeinträchtigung und deren Angehörige kennen die nervenaufreibende Thematik leider nur zu gut: zahlreiche Anlaufstellen, unterschiedlichste Unterstützungen, die man erst nach langem und zeitaufwendigem Suchen eventuell findet oder komplizierte Formulare. „Damit soll nun Schluss sein. Um das Leben nicht noch schwieriger zu gestalten, soll es eine



zentrale Anlaufstelle geben“, so Gemeinderätin **Sigrid Zitek**. Im Bereich der Pflege gibt es bereits ein solches Modell: die Pflegedrehscheibe, die für alle Fragen zum Thema Pflege offen steht. „Wir wünschen uns für Graz zukünftig auch eine zentrale Drehscheibe für Menschen mit Behinderung, analog zur Pflegedrehscheibe, welche sich profiliert hat.“

RÖSSELMÜHLPARK AUFWERTEN

Im Herbst 2017 hätte der Startschuss für die Neugestaltung des **Rösselmühlparks** stattfinden sollen. Damit sollte dem Ruf der Anrainer nach mehr Bäumen, Sitzgelegenheiten und zusätzlichen Lichtquellen entsprochen wer-



den. „Leider ist bis heute davon noch nichts umgesetzt worden“, weiß Gemeinderat **Christian Sikora**, der in der letzten Gemeinderatssitzung auf einen raschen Umgestaltungsbeginn gedrängt hat.

EINSPARUNG IN DER BEHINDERTENHILFE VERHINDERN

Laut Zeitungsberichten plant **LÖVP**-Stadtrat Hohenegger, in der Behindertenhilfe der Stadt Graz den Sparstift anzusetzen. „Die **Behindertenhilfe** ist eine ganz entscheidende Leistung zur



Unterstützung von Menschen mit Beeinträchtigungen und deshalb darf gerade in diesem Bereich nicht eingespart werden. Das ist nicht akzeptabel“, so Gemeinderätin **Uli Taberhofer**.

SCHLOSSPARK EGGENBERG

Neben dem Gemeindepark **Eggenberg** gibt es für die Eggenberger Bevölkerung lediglich den Schlosspark, welcher als Rückzugsort zur Erholung im Bezirk dient. Der Park ist im Besitz des Landes Steiermark und wird als öffentlicher Park ausgewiesen, kann



aber nur nach Bezahlen eines Eintritts betreten werden. „Damit der Schlosspark der Bezeichnung „öffentliche Erholungsfläche“ gerecht wird, sollte dieser auch für alle gratis zugänglich sein“, fordert Gemeinderätin **Christine Braunersreuther**.

ERHÖHUNG BEZIRKSRATSBUDGET

Momentan beträgt das Budget für den Bezirksrat 0,70 Euro pro Bezirksbewohner. „Zahlreiche kleine Projekte, Anfragen und Initiativen werden mit diesen Geldern durch den Bezirksrat **direkt und unbürokratisch** unterstützt“, so Gemeinderat



Andreas Fabisch, der sich für eine Verdoppelung des Budgets einsetzt. „Die jährlichen Mehrausgaben von rund 200.000,- Euro sollen durch eine aliquote Minderung der Parteienförderungen der im Gemeinderat vertretenen Parteien erfolgen.“

MEHR HEBAMMEN IN GRAZ NÖTIG

Die Geburtenzahlen in Graz steigen. Dadurch steigt auch der Bedarf an Hebammen, sowohl in Krankenhäusern als auch im ambulanten Bereich. Das hat dazu geführt, dass es in Graz mittlerweile zu wenige Hebammen gibt. Die **FH Joanneum** bietet alle zwei Jahre einen Lehrgang an. 20



Studierende werden aufgenommen. Mit ihrer Anfrage an den Bürgermeister will Gemeinderätin **Elke Heinrichs** erreichen, dass die FH Joanneum künftig alljährlich einen Hebammenlehrgang startet. „Das würde das Problem in absehbarer Zeit zumindest ein wenig entschärfen.“

Bleiben Sie auf dem Laufenden!

Abonnieren Sie kostenlos den **WhatsApp-Newsletter** der KPÖ.

Speichern Sie die Nummer 0677 - 18 91 7550 als „KPÖ“ und senden Sie eine WhatsApp-Nachricht mit „Start“.

Top informiert und jederzeit kündbar!



„PRIVAT“ – DURCHGANG VERBOTEN!

Geht Privatbesitz vor Gemeinwohl?



Mariatrost. Viele Menschen im Bezirk Maria-trost sind besorgt über die zunehmenden Verbote der Benützung von Privatstraßen oder Privatwegen, die seit jeher als Spazier- und Wanderwege genutzt wurden.

Die KPÖ hat deswegen schon vor mehr als zwei Jahren eine Initiative im Bezirksrat gestartet. „Bürgermeister Nagl bzw. das zuständige Präsidialamt werden ersucht, aufgrund der jahrelangen unwidersprochenen Duldung das Recht auf Durchwegung des Rosenschlößlweges und des obersten Bereiches der Mariagrünerstraße, der als Anschluss zum Oberen Plattenweg dient, durch die Allgemeinheit zu prüfen und die erforderlichen Schritte zu setzen, um diese Durchwegungsmöglichkeit für die Zukunft zu sichern“, heißt es im Antrag vom KPÖ-Bezirksrat Helmut Schwab vom Mai 2017, der vom Bezirksrat einstimmig beschlossen wurde.

Dennoch ist bis heute keine Antwort darauf eingetroffen. Bürgermeister Nagl ist dieses Anliegen der Bevölkerung des Bezirks Maria-trost anscheinend überhaupt nicht wichtig. Er setzt sichtlich darauf, dass die Interessen der privaten Besitzer durch Verjährung fixiert werden.



KREUZUNG PUCHSTRASSE WURDE AUSGEBAUT



PUNTIGAM. Weil sich nach Eröffnung des Süd-gürtels an der Kreuzung Puntigamer Straße-Puchstraße erhebliche Kapazitätsprobleme ergaben, haben Land und Stadt die Kreuzung ausgebaut. Dabei kam das Verkehrsressort den Wünschen des Be-

zirkes entgegen, indem auch ein Rechtsabbieger in der Puchstraße realisiert wurde, der zunächst nicht vorgesehen war. Die Bauarbeiten wurden Anfang November mit der Inbetriebnahme einer neuen Ampelsteuerung abgeschlossen.

WASSER MARSCH: TRINKBRUNNEN BENÖTIGT



STRASSGANG & LEND. Heuer wurden die meisten Hitzetage seit Beginn der meteorologischen Aufzeichnungen gemessen! Dieser Rekordsommer hat gezeigt, wie wertvoll die mittlerweile zahlreichen Trinkwasserbrunnen der Holding Graz sind. Auch am stark genutzten Bezirkssportplatz „Unterer Bründlweg“ in Webling und beim Busbahnhof

am Grazer Hauptbahnhof wünschen sich zahlreiche AnwohnerInnen/Fahrgäste solche Trinkgelegenheiten. KPÖ-Gemeinderat **Christian Sikora:** „Die Umsetzung wäre nach Rücksprache mit den Verantwortlichen der Holding recht einfach, weil an beiden Orten städtische Wasserleitungen in direkter Umgebung vorhanden sind.“

NEUER MISTKÜBEL FÜR RÖSSELMÜHLGASSE



GRIES. In der „Kebab-Meile“ in der Rösselmühl-gasse wurde auf Bitte von Bezirksvorsteherin **Gerti Schloffer** ein Mistkübel aufgestellt: „Ich bedanke mich bei der zuständigen Stelle der Stadt Graz. Ich ersuche das Partyvolk, den Mistkübel auch zu verwenden, schließlich

soll die Rösselmühl-gasse nicht zur RösselMüll-gasse werden.“

Die letzte Sitzung des Be-zirksrats in diesem Jahr findet am 28. November im Gasthaus Fasching, Vinzenz-Muchitsch-Straße 5, statt und ist öffentlich zugänglich.

BAUMSCHUTZ UND HONIG IN ST. LEONHARD

ST. LEONHARD. Bei der Bezirksversammlung am 23. Oktober, zu der sich rund 50 Personen einfanden, informierte Herr Grill von der Holding Graz über das Thema Baumschutz und Baumpflege – im August mussten ja nach schweren Unwettern mehrere Bäume im Bezirk gefällt werden. Außerdem legte der Bezirksrat seinen Rechen-

schaftsbericht vor. Im Anschluss daran konnten die Bewohner ihre Fragen, Anregungen, Wünsche und Beschwerden äußern.

Als Praxisbeweis für die Initiativen des Bezirksrats konnten die Bewohner ein kleines Glas Honig von den St. Leonharder Bienen – ein vom Bezirksrat finanziell unterstütztes Projekt – mitnehmen.

Haben Sie Ideen oder Anliegen für Ihren Bezirk?

Rufen Sie uns an!

Heike Jantschner
KPÖ-Gemeinderatsklub
0316 / 872 2153

Christian Carli
KPÖ-Bezirksrätesprecher
0681 / 10 7632 98

GIRARDI-HAUS KURZ VOR DEM VERFALL



ST. LEONHARD. Für Liebhaber des historischen Graz ist es unerträglich, zusehen zu müssen, wie das Geburtshaus des großen Schauspielers Alexander Girardi – Leonhardstraße 28, einst ein traditionsreiches Kellerlokal – Stück für Stück verfällt. „Im April haben wir den 100. Todestag von Girardi begangen. Vielleicht bie-

tet dieses Jubiläum einen neuen Anstoß, um endlich eine zufriedenstellende Lösung zu finden“, hofft KPÖ-Gemeinderat **Andreas Fabisch**, der Bürgermeister Nagl und den zuständigen Vizebürgermeister Eustachio auffordert, dringend aktiv zu werden, bevor es für das denkmalgeschützte Gebäude zu spät ist.

BAUSTELLE SCHLEIFBACH: KEIN ENDE IN SICHT



Lend. Nachdem bei der „Dauerbaustelle Schleifbach“ noch immer kein Ende der Bauarbeiten in Sicht ist und es keine Auskünfte seitens des verantwortlichen Eigentümers mehr gibt, wurde die KPÖ am 18. Oktober auch im Gemeinderat aktiv und stellte diesbezüglich eine Anfrage an Bürgermei-

ster Nagl. KPÖ-Bezirksvorsteher-Stellvertreter **Christian Carli**: „Viele Bewohner im Bezirk sind zu Recht sehr verärgert und wollen, dass die Bauarbeiten endlich abgeschlossen werden. Es ist untragbar, den Schleifbach über Jahre trocken zu legen und es muss Schluss mit leeren Versprechen sein!“

UMWELTTIPPS FÜR DIE KALTE JAHRESZEIT



STRASSGANG. Der Winter steht vor der Tür und wir hören und lesen vermehrt von hoher Feinstaubbelastung und Luftverschmutzung in Graz. Der Bezirk Straßgang ist durch seine besondere Lage, die starke Verbauung und das hohe Verkehrsaufkommen stark betroffen. KPÖ-Bezirksrätin **Ruth Masser** hält Tipps bereit, wie jeder und jede Einzelne helfen kann, die Belastung zu reduzieren: „Keine Laubbläser verwenden, die sind zwar seit 1.10.2014 verboten, werden aber leider immer wieder benutzt. Stattdes-

sen kann Laub unter Hecken und Sträuchern als Bodenschutz verwendet werden. Das Autofahren sollte man einschränken und vermehrt öffentliche Verkehrsmittel nutzen. Und falls man doch mit dem Auto fährt, bitte den Motor während des „Eiskratzens“ nicht warmlaufen lassen.

Heizanlagen sollten umweltfreundlich betrieben und vor allem keine Abfälle verheizt werden. All das sind Maßnahmen, die relativ leicht erfüllt werden können und zur besseren Luft in unserem Bezirk beitragen!“

26. OKTOBER - KEIN FEIERTAG FÜR BEWOHNER

INNERE STADT. Die Innere Stadt ist mehr oder weniger das ganze Jahr lautstarken Veranstaltungen ausgesetzt. Wenigstens zwischen „Aufsteirern“ und dem Adventbeginn gab es bisher ein paar halbwegs ruhige Wochen für die Bewohnerinnen und Bewohner. Die heurige Leistungschau des Bundesheeres am Nationalfeiertag verkürzte diese Erholungspause besonders störend. „Abgesehen von der fraglichen Sinnhaftig-

keit, unter anderem auch Kindern und Jugendlichen im Rahmen eines Festes Kriegswaffen vorzustellen, stellt sich (nicht nur) für die Innenstadtbewohner die Frage, ob es nicht gescheiter wäre, derartige Veranstaltungen in einer Grazer Kaserne abzuhalten“, plädiert KPÖ-Bezirksvorsteher-Stv. **Alfred Strutzenberger** für eine Innere Stadt, die nicht zum Veranstaltungszentrum vor historischer Kulisse verkommen darf.

GRAZER BEZIRKSRAT



ÖFFENTLICHE BEZIRKS- VERSAMMLUNGEN

Jakomini

19.11., 18.30 Uhr
Modeschule Ortweinplatz
Festsaal im 2.Stock

Mariatrost

19.11., 18.30 Uhr
Schule St. Johann
Mariatroster Straße 128

Eggenberg

22.11., 18.00 Uhr
Greenbox
Eggenberger Allee

Andritz

22.11., 18.30 Uhr
ABC-Begegnungs-
zentrum
Haberlandtweg 17

Waltendorf

22.11., 19.00 Uhr
VS Waltendorf, Walten-
dorfer Hauptstraße 17

Liebenau

27.11., 18.00 Uhr
EKZ Murpark
Ostbahnstraße 3, 1.Stock

Geidorf

29.11., 19.00 Uhr
Pflegewohnheim
Aigner-Rollett,
Max-Mell-Allee 16a

Lend

03.12., 18.00 Uhr
Marienpfarre
Mariengasse 31

**WOHNEN DARF
NICHT ARM
MACHEN**

Grazer Traditionsbetriebe: Firma Rauch

Pfannen, Töpfe, Keksformen & Co.

„Alles für den Haushalt“, dieser Slogan ist beim Sortiment der Firma Rauch in der Grazbachgasse 5 (fast schon am Dietrichsteinplatz) keine billige Werbefloskel, sondern seit mehr als 65 Jahren Realität.

Der Familienbetrieb wurde 1947 von Albert Rauch als Elektro-Großhandel gegründet („Hellux-Glühbirne“) und zwar auf der anderen Straßenseite, dort wo heute das Hochhaus mit der Adresse „Dietrichsteinplatz 15“ steht. Aus dem Elektrogeschäft wurde bald ein Fachgeschäft für Küche und Haushalt. Peter Rauch, der Sohn des Firmengründers, führte das Geschäft gemeinsam mit Ehefrau Margarete von 1970 bis 2010, und zwar schon am jetzigen Standort. Seit 2011 schaukeln Manfred Rauch und Schwester Monika Simon in dritter Generation den Laden.

Küchenhelfer

Pfannen, Töpfe, Schüsseln, Porzellangeschirr, „Küchenhelfer“ wie der Rührboy und die flotte Lotte, Guglhupfformen, Esspressokocher, Knoblauchpressen, Keksausstecher (insgesamt ca. 700 verschiedene!), Einkochgläser, die – anders als in Filialbetrieben – ganzjährig angeboten werden, Besen, Bürsten, Eimer usw. präsentieren sich auf 100 m² dem Auge des erstaunten Besuchers.

Online und Ersatzteile

„Wir bieten noch Produkte an, die in Großbetrieben von Leuten, die ganzjährig vor dem Computer sitzen, schlicht und einfach wegrationalisiert werden“, betont Manfred Rauch, der seit 2006 den Online-Shop betreut.

Ein umfangreiches Ersatzteilservice erfreut nicht nur die Kundschaft, sondern auch Qualitätsfirmen wie Kelomat oder Riess (Emailgeschirr), die ein



Die Geschwister Monika Simon und Manfred Rauch lenken seit 2011 die Geschicke der Firma.

verlässliches Fachgeschäft wie die Firma Rauch sehr zu schätzen wissen.

Die unglaubliche Auswahl an Ausstechformen (zum Beispiel Motive für alle erdenklichen Berufssparten) hat sich in den letzten 10 Jahren nicht nur in der Backzeit vor Weihnachten zu einem großen Renner entwickelt.

Peter Rauch, der noch immer im Geschäft mithilft, ist aufgefallen, dass viele junge Kunden das Kochen und Einkochen als Hobby entdeckt haben: „Heute kochen viel mehr Männer als früher, und die geben auch mehr Geld für die entsprechenden Utensilien aus.“

Monika Simon, die heute den Verkauf leitet und ihre Lehre

nach der Pflichtschule im Familienbetrieb absolviert hat, wusste sehr früh, wie sich ihr beruflicher Werdegang gestalten wird: „Für mich ist nie etwas anderes in Frage gekommen, als im Familienbetrieb zu arbeiten. Die Arbeit ist umfangreich, aber sie macht Spaß, und die Arbeitsteilung mit Bruder Manfred funktioniert sehr gut.“

Ihr Sohn Florian allerdings, der während unseres Gesprächs beim Warenauspacken hilft (schulfreier Tag!), ist mathematisch sehr begabt und erzählt uns, dass er einmal einen technischen Beruf ergreifen will. Im Moment arbeiten zusätzlich zur Familie noch vier bis fünf Angestellte im Betrieb.

Die Firma Rauch: Haushaltsgeschäft, Küchengeräte-Nahversorger und Familienbetrieb – das ist eine Kombination, die in unserer schnelllebigen Geschäftswelt nicht mehr so oft anzutreffen ist!

RAUCH – Alles für den Haushalt

Grazbachgasse 5, 8010 Graz

Öffnungszeiten:

Mo-Fr: 8.30-18.00

Sa: 8.30-12.00, ab der letzten

Novemberwoche bis

Weihnachten: 8.30-18.00

Online-Shop:

www.rauch-online.at

Flotte Lotte

PS: Warum ein handgetriebenes Küchengerät zum Passieren von Früchten und Gemüse „flotte Lotte“ heißt, das haben wir vergessen, nachzufragen: Das Internet behauptet, dass in den 1930er-Jahren eine Dame namens Charlotte Giebel ein Gerät dieser Art hergestellt hat, und daraus hat der Volksmund dann die „flotte Lotte“ gemacht.



Firma Rauch, 1950. Heute steht an diesem Platz das Hochhaus Dietrichsteinplatz 15.

Der „Einzelne“, der Betriebsrat und der 12-Stunden-Tag

Die Proteste gegen den 12-Stunden-Tag und gegen die Zerschlagung der Sozialversicherung waren und sind stark. Manche meinen, dass sie übertrieben wären. Es würde ja nur um kleine Veränderungen gehen. Ich sehe das nicht so: Es geht um die Zukunft und um die Existenz starker Positionen der arbeitenden Menschen in der Gesellschaft.

Arbeiterkammer, Gewerkschaft, Betriebsrat. Diese Einrichtungen sind für uns etwas Selbstverständliches. Und viele von uns haben an ihnen einiges auszusetzen. Nicht zu Unrecht.

Es ist aber nicht selbstverständlich, dass es diese Einrichtungen gibt: Gewerkschaften sind erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts legal geworden. Betriebsräte und Arbeiterkammer sind nach 1918 in das gesetzliche Gefüge unseres Landes aufgenommen worden – als Folge des Sturzes der Monarchie und der Revolution vor 100 Jahren.

Der Gedanke, dass Arbeiter und Angestellte ihre Interessen kollektiv in eigenen Organisationen und auch mit Kampfmaßnahmen gegen die Unternehmer durchsetzen können, behagte den Kapitalisten gar nicht. Sie beriefen sich auf das Allgemeine Bürgerliche Gesetzbuch (ABGB), in dem das Eigentum geschützt wird. Kapitalist und Lohnarbeiter sollten – so wollte es die Legende des aufstrebenden Bürgertums – ihre Interessen als Einzelpersonen aushandeln. Fabrikbesitzer verfügen aber über ganz andere Möglichkeiten, um ihre Interessen durchzusetzen, als Menschen, die nichts zu verkaufen haben als ihre Arbeitskraft.

Organisation

Als die Arbeiter begannen, sich zu organisieren, setzten die



Unternehmer Polizei und Armee gegen die „Aufrührer“ ein. Sie hatten das Gesetz auf ihrer Seite. Erst als die Arbeiterbewegung so stark war, dass sie nicht mehr zu übersehen war, erst als die Revolutionen im Gefolge des ersten Weltkrieges die Macht der Herrschenden ins Wanken brachten, wurden die Organisationen wie Betriebsräte, Gewerkschaft und Arbeiterkammer anerkannt.

Für Reaktionäre waren das noch immer „Fremdkörper“. Deshalb haben Austrofaschismus und Nationalsozialismus unabhängige Gewerkschaften verboten, Betriebsräte aufgelöst und die Arbeiterkammer verboten bzw. zu gefügigen Befehlsempfängern im Ständestaat gemacht.

Was hat das mit der aktuellen Diskussion zu tun? Im Gesetz über den 12-Stunden-Tag wird das Mitspracherecht der Gewerkschaft ausgehebelt. Und bei der Zusammenlegung der Sozialversicherungen drängt die Regierung den Einfluss der Gewerkschaft zurück. Das alles erfolgt auch mit Argumenten, die wir aus dem 19. Jahrhundert kennen: Der „Einzel-

ne“ würde gegenüber der „Funktionskaste“ gestärkt werden, sagt die FP. Was dabei aber wirklich gestärkt wird, das ist die Stellung der Unternehmer gegenüber den arbeitenden Menschen.

Anhängsel der Maschine

Das hat einen ernsten Hintergrund: Die Entwicklung der Produktivkräfte setzt immer mehr auf IT. Unter dem Schlagwort Industrie 4.0 kommt es zu einer Vielzahl von prekären Beschäftigungsarten und zur Vereinzelung der Menschen. Die große kapitalistische Industrie hatte sich unter dem Einfluss von Dampfmaschine und Eisenbahn aus der Heimarbeit entwickelt.

Jetzt sieht es so aus, als ob wir bald wieder bei der Heimarbeit angelangt sind. Im 19. Jahrhundert waren die arbeitenden Menschen ohne eine starke Vertretung bloße Anhängsel der Maschinen und mussten nach dem Takt der Fabrikssirene arbeiten. Heute besteht die Gefahr, dass die Menschen zu Anhängseln eines digitalisierten Produktionsprozesses werden, die ihr Leben völlig nach

diesen Anforderungen ausrichten sollen. Die Gewerkschaft soll zurückgedrängt und entmachtet werden, weil sie ein Hindernis für diese Entwicklung ist.

Der 12-Stunden-Tag darf nicht zum Anfang einer Entwicklung werden, die uns allen schadet. Deshalb sind die Proteste so wichtig. *Franz St. Parteder*

DISKUSSION

Dienstag, 20. November 2018,
19 Uhr im Volkshaus Graz,
Lagergasse 98a

WAS BEDEUTET SCHWARZ-BLAU FÜR DIE ARBEITERBEWEGUNG?

Eine Diskussion über den 12-Stunden-Tag und die 60-Stunden-Woche, über die Angriffe auf die Errungenschaften der Arbeiterbewegung, über die Schwächung der AUVA – und darüber, welche Schritte des Widerstands es braucht.

Mit Mag. **Georg Kovarik** (Volkswirtschaftliche Abteilung des ÖGB,

Kurt Luttenberger (GLB-KPÖ-Arbeiterkammerrat) und **steirischen BetriebsrätInnen**.

Steiermark: Kinderarmut steigt stark

KPÖ zeigt auf: 51.000 steirische Kinder sind arm

2014 waren in der Steiermark 37.000 Kinder und Jugendliche armutsgefährdet. 2017 waren es bereits 51.000. Das ist jedes fünfte steirische Kind. Die KPÖ hat die zuständige Landesrätin Kampus (SPÖ) deshalb vor der Landtagssitzung mit Weckern an ihre Verantwortung als Soziallandesrätin erinnert.

Der neue Armutsbericht des Landes Steiermark enthält schockierende Zahlen: Sowohl bei Kindern als auch bei Erwachsenen nimmt die Anzahl armer und armutsgefährdeter Menschen trotz stark gesunkener Arbeitslosigkeit massiv zu. Das hat viel mit der Politik der Landesregierung zu tun, betont **Claudia Klimt-Weithaler, Klubobfrau der KPÖ im steirischen Landtag**. In ihrer Wortmeldung hielt die KPÖ-Abgeordnete den Regierungsparteien eindringlich vor Augen, was Kinderarmut bedeutet. Nach einem solchen Bericht darf man nicht zur Tagesordnung übergehen, so Klimt-Weithaler.



Kinder sind uns nicht egal! Aktion der KPÖ vor dem Landhaus.

2011 waren 126.000 Steirerinnen und Steirer von Armut bedroht, 2017 bereits **190.000 Personen**. Diese Entwicklung ist kein Zufall: Im gleichen Zeitraum wurden seitens der Landesregierung viele Sozialleistungen abgeschafft oder eingeschränkt (u.a. die Wohnunterstützung, die wesentlich weniger Personen beziehen als die Wohnbeihilfe; Senkung der Mindestsicherung bei Kindern; Streichung der Sozial- und Lernbetreuung; Abschaffung

des Kinderzuschusses für Familien mit kleinen Einkommen), während Teilzeitbeschäftigung und atypische Beschäftigungsverhältnisse zunehmen. Die mittleren und unteren Einkommen sinken, gemessen an der Kaufkraft, seit vielen Jahren.

Claudia Klimt-Weithaler: „Wenn in der Steiermark 190.000 Menschen, darunter 51.000 Kinder und Jugendliche, an oder unter der Armutsgrenze leben, hat das System versagt. Wir brauchen



eine Absicherung für Kinder statt Sonntagsreden und Eigenlob der Landesregierung.“

Besonders hervorgehoben wird im Bericht der Zusammenhang zwischen Armut und hohen Wohnkosten. Ohne eine Offensive beim öffentlichen Wohnbau und ohne eine Bremse bei Mieten und Betriebskosten, in Österreich die mit Abstand größten Preistreiber, wird sich die soziale Situation noch weiter verschärfen.

Kostenfalle Lift: über 2.000 Häuser betroffen

Seit 2015 hat die Steiermark ein Gesetz, das den Betrieb von Liftanlagen im privaten und gewerblichen Bereich neu regelt. Daraus ergeben sich für manche Wohnhäuser so teure Nachrüstungen, dass Betroffene in ihrer Existenz bedroht sind. Die KPÖ fordert ein rasches Eingreifen von Landesregierung und Landtag, um die Regelung zu entschärfen.

In einem Fall summierten sich die Kosten für die Liftsanierung auf 225.000 Euro.

Eine Änderung durch den Landtag wäre ohne weiteres möglich, die dem Gesetz zugrunde-



liegende „Norm“ ist nämlich nur eine unverbindliche Empfehlung aus dem Jahr 1995, kein zwingendes EU-Recht.

In der Steiermark sind 534 Aufzüge aufgrund der neuen Bestimmungen umfassend zu sanieren. Weitere 500-600 Aufzüge müssen einer Teilsanierung unterzogen werden. Da die Gesamtanzahl der Anlagen bei insgesamt ca. 2400 Anlagen liegt, müssten also fast die Hälfte aller privaten Liftanlagen in den nächsten Jahren umfassend saniert werden!

KPÖ-Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler: „Von diesem Gesetz sind mehrere tausend Menschen betrof-

fen. Sie sind mit sehr hohen Kosten konfrontiert, obwohl die Lifte immer korrekt gewartet wurden. Wir haben auch vorgeschlagen, Betroffene mit Förderungen zu unterstützen. Andernfalls werden nicht wenige gezwungen sein, ihre Wohnung zu verkaufen.“

Tausende Liftanlagen in der Steiermark sind von dem neuen Gesetz betroffen. Auf die Mieter und Wohnungseigentümer kommen hohe Kosten zu.

GRAZER
Stadtblatt

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: KPÖ-Graz Elke Kahr, Lagergasse 98a, 8020 Graz. KPÖ-Gemeinderatsklub Graz, Rathaus, Verlags- und Herstellungsort: Graz. Tel. 0316/71 24 79; Fax 0316/71 35 61 E-Mail: stadtblatt@kpoe-graz.at // DVR: 0600008

Offenlegung: Das Grazer Stadtblatt – Informationsblatt der KPÖ Steiermark ist ein Regionalmedium und dient der Information der steirischen Bevölkerung im Sinne der Arbeit der KPÖ Steiermark.



Schikanen für Pflegeeltern in Krisensituationen

Krisenpflegeeltern übernehmen Kinder kurzfristig in Notsituationen, z.B. wenn Eltern ins Krankenhaus müssen oder im Todesfall von Eltern. Die Kinder brauchen sofort einen Platz, bleiben dort nur kurz, bis Pflegeeltern gefunden werden. Die Krisenpflegeeltern sind seit Jahren mit unverständlichen Schikanen konfrontiert.

Wird ein Kind in eine Situation geboren, in der vorerst unklar ist, ob es bei Mama und Papa bleiben kann oder in eine Pflegefamilie kommt, springen Krisenpflegeeltern ein – zumeist für ein paar Wochen, manchmal für einige Monate, selten sogar über Jahre.

Bisher bekamen diese Pflegeeltern zumindest für die Kleinsten Kinderbetreuungsgeld. Dieses wurde ihnen aber kürzlich durch das Familienministerium

per Erlass gestrichen. Begründet wird das im Büro von Ministerin Juliane Bogner-Strauß (ÖVP) mit zwei Urteilen des Obersten Gerichtshofs. Zu Unrecht: Beide Fälle betrafen gar nicht konkret das Kinderbetreuungsgeld.

In der Steiermark sind zahlreiche Krisenpflegeeltern von diesem Erlass betroffen. Die Kinder kommen oft ohne jegliche Ausstattung in die Familie, nur mit der Kleidung, die sie am Körper tragen.

„Diesen Menschen das Kinderbetreuungsgeld vorzuenthalten, ist eine reine Schikane“, betont KPÖ-Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler. Sie hat einen Antrag im Landtag eingebracht, der fordert, dass Pflegeeltern und Krisenpflegeeltern wieder Kinderbetreuungsgeld bekommen.



Kinder haben Rechte

Die UN-Konvention über die Rechte des Kindes wurde am 20. November 1989 von den Vereinten Nationen verabschiedet und ist schnell zu dem weltweit gültigen Grundgesetz der Kinderrechte geworden. Um an diesen wichtigen Meilenstein zu erinnern, wird jedes Jahr am 20. November der Geburtstag der Kinderrechtskonvention gefeiert.

Gemeinsam mit der Organisation Kinderland veranstaltet die KPÖ Steiermark anlässlich des „Internationalen Tages der Kinderrechte“ eine Aktion in der Grazer Herrengasse/Eingang Landhaus. **Amir Mayer**, Geschäftsführer von Kinderland Steiermark: „Kinder haben Rechte, darüber wollen wir aktiv informieren und dadurch ein besseres Bewusstsein für dieses Thema in der Gesellschaft schaffen.“

„Vor allem haben sie das Recht auf Existenzsicherung!“, so Claudia Klimt-Weithaler (KPÖ-Landtagsabgeordnete). „Dass immer mehr Kinder an oder unter der Armutsgrenze aufwachsen müssen, ist kein Zufall. In den letzten Jahren wurden seitens der Bundes- und Landesregierung viele Hilfsangebote abgeschafft oder eingeschränkt, das spüren auch Kinder und Jugendliche. Wir wollen etwas gegen die steigende Kinderarmut tun!“

Die Aktion findet am Freitag, 23. November 2018, von 14 bis 16 Uhr, in der Grazer Herrengasse statt.

KOMMENTAR

KPÖ im Landtag

Elisabeth – kein Einzelfall



Elisabeth lebt mit ihrer Mutter und ihrem kleinen Bruder in einer steirischen Gemeinde. Sie geht in die dritte Klasse. In der Schule mag sie am liebsten Zeichnen und Rechnen – und ihre Lehrerin. Elisabeth hätte gerne ein Haustier, aber dafür ist die Wohnung zu klein und ein Haustier kostet Geld. Ihre Hausübungen macht Elisabeth in der Küche am Esstisch, eigenes Zimmer hat sie keines. Wenn sie neue Kleidung braucht, geht Elisabeth mit ihrer Mama in ein Geschäft, wo man gebrauchte Kinderkleidung kaufen kann. Elisabeth mag den Sommer viel lieber als den Winter, denn dann ist es zu Hause nicht kalt. Sie weiß, wie es ist, wenn hin und wieder der Strom abgeschaltet wird. Auf Urlaub war Elisabeth noch nie. Sie würde gerne einmal zu ihrem Geburtstag ein Fest machen

und alle ihre Freundinnen und Freunde einladen, aber ihre Mama sagt: Das können wir uns nicht leisten! Diesen Satz hört Elisabeth sehr oft.

Wenn Elisabeth groß ist, möchte sie Tierärztin werden. Ob sich dieser Traum für Elisabeth erfüllt, wird auch davon abhängen, ob sich in nächster Zeit in der Steiermark auf sozialpolitischer Ebene etwas ändert. Denn für Kinder und Jugendliche bedeutet Armut, dass sie weniger gute Zukunftsperspektiven haben als andere.

In der Steiermark leben 51.000 (!) Kinder an oder unter der Armutsgrenze. Elisabeth ist kein Einzelfall! Deshalb machen wir uns auf allen Ebenen für die Rechte von Kindern stark.

LABg. Claudia Klimt-Weithaler
Tel. 0316 / 877-5104
ltk-kpoe@stmk.gv.at

Haben Sie ein Anliegen? Ich bin für Sie da:
Claudia Klimt-Weithaler, Tel. 0316 / 877-5104
E-Mail: ltk-kpoe@stmk.gv.at

ZVP Zentralverband der Pensionisten

SPRECHSTUNDEN

Mo. bis Do. von 10 bis 12 Uhr
Lagergasse 98a, 8020 Graz. E-Mail: zentralverband@kpoe-steiermark.at

☎ **0316 / 71 24 80** Voranmeldung erbeten.

Rat und Hilfe

für ältere Menschen bei Anträgen um Pflegegeld, Pension.
– Ausfüllen von Formularen.
– Erklärung zur Arbeitnehmerveranlagung (=Jahresausgleich).
– Geselligkeit. Ausflüge, Reisen, Turnen.

Jeden Donnerstag gemütlicher Nachmittag im VOLKSHAUS Graz

Die Arbeiterkammer: Unsere gesetzliche Interessensvertretung



Als Serviceeinrichtung ist die Arbeiterkammer ein Begriff. Viele haben sich selbst schon einmal beraten lassen, sei es zum Arbeitsrecht oder in Fragen des Konsumentenschutzes. Die Arbeiterkammer verfügt österreichweit über rund 2600 Experten, die Mitglieder beraten und, wenn nötig, sich auch um eine Vertretung vor Gericht kümmern.

Mitglied und wahlberechtigt bei der Arbeiterkammer ...

... ist jeder unselbstständig Beschäftigte, auch wenn es sich nur um eine geringfügige Beschäftigung handelt. Der Arbeiterkammerbeitrag ist im Lohn inbegriffen. Durch die gesetzlich geregelte Mitgliedschaft verfügt die AK über entsprechende Mittel, um die Interessen der Beschäftigten vertreten zu können.

Die AK ist die gesetzliche Vertretung der Arbeiter und Angestellten. Sie sollte wesentlich mehr als Beratungsstelle und Konsumentenschutzseinrichtung sein. Die AK hat den Auftrag, sich für die abhängig Beschäftigten gegenüber

der Landes- und Bundespolitik einzusetzen. Das passiert leider oft nur halbherzig. Viel zu oft handeln Kammerfunktionäre aus parteipolitischen Gründen.

Alle fünf Jahre finden Arbeiterkammerwahlen statt und die Arbeiterkammervollversammlung, das sogenannte „Arbeiterparlament“ wird gewählt.

Vom 28.3.-10.4.2019 besteht für Arbeiterkammermitglieder wieder die Möglichkeit über die politische Ausrichtung und Schwerpunktsetzung der nächsten fünf Jahre zu entscheiden.

KOMMENTAR

GLB-ProGe
Vorsitzende
Hilde Tragler
zur Metallerlohnrunde



Löhne erhöhen!

Die Nettorealeinkommen in Österreich stagnieren seit Jahren. Scheinheilig wird dies nun von der Bundesregierung aus ÖVP und FPÖ kritisiert und die Gewerkschaft zu einem kräftigen Lohnabschluss aufgefordert. Dabei setzen FPÖ und ÖVP zahlreiche Maßnahmen, die zu einem verstärkten Druck auf die Löhne führen. So werden etwa mit den neuen Arbeitszeitregeln Überstundenzuschläge ausgehebelt und es ist nach dem Gesetz möglich, bis zu 60 Stunden in der Woche zu arbeiten. FPÖ und ÖVP setzen eins zu eins die Wünsche der Konzerne um. Auf uns Beschäftigte wird vergessen. Es ist daher dieses Jahr für alle Branchen besonders wichtig, dass bei den Metallerlohnverhandlungen ein gutes Ergebnis für uns Beschäftigte erreicht wird. Sie sind die Richtschnur für die nachfolgenden Verhandlungsrunden in den anderen Kollektivverträgen. Die ProGe fordert 5 % mehr Lohn und Gehalt, eine Arbeitszeitverkürzung und eine leichtere Erreichbarkeit der sechsten Urlaubswoche. Angesichts der Milliarden Gewinne der Konzerne ist das leicht finanzierbar. Zuletzt sind die Gewinne in der Metallindustrie beispielsweise um 2,58 Milliarden Euro bzw. 15 % angestiegen. Und auch der wirtschaftliche Ausblick für das kommende Jahr ist gut. Als GLB-Verhandlerin in der Fahrzeugindustrie unterstütze ich die Forderungen der ProGe. Wie immer gilt aber, dass die beste Forderung nichts nützt, wenn man nicht dafür kämpft. Es braucht daher ein entschlossenes Auftreten und auch die Bereitschaft zu streiken, denn sonst bleibt von dem durch die sozialdemokratischen Gewerkschaftsspitze angekündigten „heißen Herbst“ nur eines übrig, nämlich viel heiße Luft.

Hilde Tragler

Arbeiterkammer-Wahl 28. März bis 10. April 2019

DENKZETTEL

gegen

Lohnkürzung
Leistungsdruck
Sozialabbau
Teuerung

GLB-KPÖ

Gewerkschaftlicher
LinksBlock



GLB-KPÖ
Rufen Sie uns an!
0677 / 612 538 99
E-Mail: glb@glb-steiermark.at
<http://www.glb-steiermark.at>

SAGEN SIE IHRE MEINUNG...

... und gewinnen Sie kleine Buch- und Sachpreise

Soll sich die AK wieder stärker als Interessensvertretung engagieren?

- JA, es braucht jemanden, der meine Interessen vertritt
 NEIN, das sollten wir der Regierung überlassen

Weitere Gedanken und Anregungen zur Arbeiterkammer

Ich möchte im Gewerkschaftlichen Linksblock mitarbeiten, bitte kontaktiert mich unter Tel.

Ich möchte kostenlos und unverbindlich Informationen der KPÖ Graz erhalten.

Name: _____

Adresse: _____



An das

**GRAZER
Stadtblatt**

Elke Kahr
Volkshaus, Lagergasse 98a
8020 Graz

Fax: 0316 / 71 62 91
E-Mail: stadtblatt@kpoe-graz.at

Zerschlagung des Gesundheitswesens: EU gibt den Takt vor

Spitäler werden geschlossen, die Sozialversicherung ausgehöhlt: Bund und Land handeln dabei nicht aus eigenem Willen. Sie folgen damit auch „Anregungen“ der EU.

Die EU-Kommission lobt in ihrem „Länderbericht 2018“ die Pläne der Regierung zur Demontage der Sozialversicherung als Beitrag zur „Verbesserung von „Kosteneffizienz, Transparenz und Gerechtigkeit des Systems“. Gleichzeitig macht die EU-Kommission weiter Druck für eine härtere Gangart. Die EU-Kommissare mahnen im „Länderbericht 2018“ eine härtere „Durchsetzung der Ausgabenobergrenzen“ im

Gesundheitsbereich und insbesondere den Abbau des „überdimensionierten Spitalssektors“ ein.

Der steirische Gesundheitslandesrat Drexler (ÖVP) und Sozialministerin Hartinger-Klein (FPÖ) setzen mit ihren unsozialen Reformen des Gesundheitswesens in Wirklichkeit Vorgaben der EU um.

Über die EU-Ebene wird Druck gemacht, um solidarische Versicherungssysteme Schritt für Schritt zu schleifen und der Regierung einen direkten Zugriff auf die Gelder der Versicherten zu verschaffen. Deshalb hat die EU-Kommission Österreich 2013 erst aus dem EU-Defizitverfahren

entlassen, nachdem die Regierung eine „Gesundheitsreform“ beschlossen hatte, die eine „Deckelung“ der Gesundheitsausgaben vorsah. Diese Deckelung wurde 2017 nochmals verschärft. Viele Menschen wissen bzw. spüren inzwischen, was das heißt:

lange Wartezeiten auf Operationen und Therapien, Ausdünnung der medizinischen Versorgung, Burn-out bei den Beschäftigten. Die österreichischen Politiker reden in der Öffentlichkeit nicht über diese Vorgabe. Sie setzen sie um.

Die EU-Kommission fordert von Österreich:

- Absenken der Sozialversicherungsbeiträge (das bedeutet: weniger Geld für Gesundheit und Altersversorgung)
- die Senkung von Pensionen und anderen Leistungen
- die Schwächung von Kollektivverträgen
- die „Reduzierung gewerkschaftlicher Verhandlungsmacht“.

Damit soll ein Grundsatz der EU-Verträge durchgesetzt werden: eine Wirtschafts- und Sozialpolitik, die die EU-Staaten zu einer „offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb“ verpflichtet. In Österreich wird diese asoziale Politik den Leuten als Sachzwang verkauft.

Die Menschen brauchen aber keine EU, die das Gesundheitswesen den Kapitalmärkten völlig unterwirft. Sie brauchen bessere Sozialleistungen.



So steht es um die Lohnverhandlungen

Mitte September startete die Herbstlohnrunde.

Als Reaktion auf den überfallsartigen Beschluss des 12-Stunden Arbeitstages und der 60-Stundenwoche im Nationalrat vertritt der ÖGB diesmal weitgehend Forderungen als in den vergangenen Jahren.

Erstmals seit Jahren wird zu Verhandlungsbeginn eine konkrete Prozentzahl genannt. Es sollen fünf Prozent mehr Lohn oder Gehalt werden.

Seit langem wurde wieder eine Forderung nach Verkürzung der kollektivvertraglichen Normalarbeitszeit gestellt.

Ende Oktober fand eine Betriebsrätekonferenz statt, bei der als nächster Schritt Betriebsversammlungen zur Information der Kollegen für Anfang November beschlossen wurden. Gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen stehen im Raum.

Einladung zum Kindergartengipfel

am 27. November, 17.30 Uhr

im Volkshaus Graz - Lagergasse 98a, 8020 Graz

**Informationen und Austausch für
KindergartenpädagogInnen**



Für Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung!
Claudia Klimt-Weithaler (KPÖ Landtagsklub)

Tel. 0316/877 5104, Mail: claudia.klimt-weithaler@landtag.steiermark.at

JAHRE KPÖ

Die ersten Schritte in Graz

Vor 100 Jahren wurde die KPÖ Graz gegründet und hätte fast zwei Monate später die Macht übernommen. Ein historischer Rückblick

Kurz vor Weihnachten 1918 war es soweit: Die Kommunistische Partei in Graz wurde am 22. Dezember gegründet. Am 3. November 1918 hatte man die Partei in Wien konstituiert, im Dezember kamen führende Funktionäre nach Graz, um auch hier den Aufbau der Partei vorzunehmen.

Doch bereits bei der ersten Versammlung im neuen Jahr im Gasthof Zum Sandwirt in der Griesgasse fanden sich am 11. Jänner 2019 über 700 Personen ein und sorgten dafür, dass die Polizei in der Folge aufmerksam

die weitere Entwicklung verfolgte. In Versammlungen mit bis zu 1.600 Teilnehmern wurden in den folgenden Wochen die sofortige Sozialisierung der Betriebe sowie die soziale Revolution gefordert. Zudem gelang es der KPÖ innerhalb kürzester Zeit, große Teile der Volkswehr hinter sich zu bringen. Das zeigte sich etwa anlässlich einer Kundgebung von sozialdemokratischen Volkswehrmännern am 20. Februar, wo einer der Leiter der KPÖ in Graz, Heinrich Brodnig, vor rund 3.500 Demonstranten am Freiheitsplatz eine Rede hielt, die begeistert aufgenommen wurde.

Die Polizeidirektion Graz sollte diese Kundgebung später als jene Möglichkeit einschätzen, die – wie es wörtlich hieß – „direkt zum Volksaufstand und Errichtung der Räteregierung in

Graz und eventuell in Steiermark hätte führen können, da die gesamte Volkswehr am Freiheitsplatz versammelt war und auf die Seite Brodnigs trat und ihre berufenen Führer nicht mehr zum Worte kommen ließen.“ Es war – so weiter – „damals nur einem taktischen Fehler Brodnigs zu verdanken, dass er die Situation nicht ausnützte und die Soldaten zur sofortigen Besetzung der Stadt aufforderte.“

Der Blut-Samstag

Daher unternahm die Stadt- und Landesregierung alles, damit sich dies nicht wiederholen sollte. Die Versammlung der KPÖ, die für den 22. Februar am Freiheitsplatz angekündigt war, wurde vom Bürgermeister untersagt, der zudem mit der Verhängung des Standrechtes drohte. In der Innenstadt wurden Absperrungen errichtet. Landeshauptmannstellvertreter Anton Rintelen reiste nach Wien, von wo er mit 620 Mann niederösterreichischer Gendarmerie zurückkehrte. Zudem mobilisierte er die Studentenwehr und die Bereitschaft der Volkswehr.

Die KPÖ verlegte daher am 22. Februar – nachdem sie gegen das Versammlungsverbot protestiert hatte – die Kundgebung in die Gemeinde Gösting (damals eigene Gemeinde). In Graz versammelten sich dennoch viele Neugierige in der Innenstadt. Aufgeheizt durch die Anwesenheit der „Wiener Gendarmerie“ sowie über die Präsenz bewaffneter Studenten erbot, deren unverzügliche Entwaffnung verlangt wurde, gingen die Demonstranten gegen die Absperrungen vor. Ein Teil der Demonstranten zog zur Andrä-Schule, wo das Arbeiterhilfskorps einquartiert war, und verlangte von diesem, es möge an Stelle der Studenten den Dienst an den Absperrungen versehen. Als dann gegen 17 Uhr eine Abteilung

des Arbeiterhilfskorps durch die Annenstraße anmarschiert kam und die angesammelte Menge dies am Murplatz (Südtirolerplatz) mit Jubel begrüßte, feuerten die Gendarmen und Studenten in die Menge. Die Bilanz: vier Tote und 13 Schwerverletzte.

Die Studenten flohen daraufhin über die Mur und zogen sich ins Rathaus zurück, das von der aufgebrachten Menge belagert wurde. Dem Arbeiterhilfskorps und der Sicherheitswache gelang es schließlich, die Studentenwehr zu entwaffnen, woraufhin sich die Lage beruhigte. Während die Studenten in der Folge unter dem Schutze des Arbeiterhilfskorps nach Hause geführt wurden, verhaftete die Polizei noch in der Nacht die Führung der KPÖ, denen man die Schuld für die Vorfälle gab. Die Ereignisse vom sogenannten „Blut-Samstag“ hatten zur Folge, dass die kommunistische Bewegung in Graz mehr als einen Monat lang fast gänzlich lahmgelegt wurde.

Rätewacht in Europa

Erst zwei Tage nach der Ausrufung der ungarischen Räterepublik wurden am 23. März auf Intervention des Staatskanzlers Karl Renner die letzten Kommunisten – denen man keine Straftat nachweisen konnte – freigelassen. Sie begannen umgehend mit der Agitation, um dem ungarischen und bayrischen Beispiel einer Räteregierung zu folgen.

Waren die Behörden im Februar dem raschen Anwachsen der kommunistischen Bewegung zum Teil noch hinterhergehinkt, so waren sie diesmal darauf vorbereitet. Kaum waren die im Februar Verhafteten freigelassen worden, wurden seitens der Behörden in Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratischen Partei Maßnahmen zum Zurückdrängen der Kommunistischen Partei ergriffen. So übermittelte Staatskanzler



Karl Renner der Steiermärkischen Landesregierung am 8. April detaillierte Anweisungen, wie gegen die Kommunisten vorzugehen sei, nämlich durch „Abschaffung“: D.h. jene Personen, die nicht im Gebiet der nunmehrigen Republik Deutsch-Österreich geboren und heimatberechtigt waren, wurden über die neuen Landesgrenze abgeschoben bzw. ausgewiesen. Diese Maßnahme, so Renner, könnte am besten unter Mithilfe der Sozialdemokratischen Partei erfolgen, die in der Folge Listen von mit der Kommunistischen Partei Sympathisierenden erstellte. Während die Behörden diese über die Landes- bzw. Staatsgrenzen abschoben, ließ die Steiermärkische Landesregierung in der Nacht vom 23. auf den 24. April 1919 in Graz erneut alle führenden Kommunisten verhaften. Der Grund dafür waren die Ereignisse vom 17. April 1919 in Wien.

Auflösung und Neugründung

Die Grazer Kommunisten blieben teilweise bis August 1919 im Landesgericht Graz in Haft. Jeder Versuch, eine kommunistische Versammlung abzuhalten, endete mit der Inhaftierung der vorgesehenen Redner. Nachdem schließlich im Juli der gesamte Vorstand der KPÖ Graz zurückgetreten war, gelang den Behörden ein besonderer Coup: Ein als Kommunist festgenommener Sozialdemokrat ließ sich – nachdem er von

den Justizbehörden wieder auf freien Fuß gesetzt worden war – zum neuen Wortführer der KPÖ wählen. Bei einer von ihm am 14. Juli einberufenen Versammlung der KPÖ wurde beschlossen, Vereinigungsverhandlungen mit der Sozialdemokratischen Partei aufzunehmen. Mitte September wurde eine Erklärung veröffentlicht, in der die Angehörigen der steirischen Gruppe der Kommunistischen Partei „sich von dieser Partei losgesagt haben, weil sie zur Erkenntnis gekommen sind, dass die Taktik der Partei das Proletariat schwächt.“ Anlässlich der Einigungsversammlung der beiden Parteien erklärte der Sozialdemokrat Josef Stanek: „Die Kommunistische Partei in Graz hat sich also aufgelöst und es ist zu hoffen, dass nun nichts mehr die Einigkeit der Arbeiter stören

wird.“

Dass die Auflösung der KPÖ in Graz dennoch nicht stattfand, hing damit zusammen, dass die Mitte August aus der Haft entlassenen und nicht über die Grenzen der Steiermark bzw. Österreichs abgeschobenen Mitglieder der KPÖ Graz sowie obersteirische kommunistische Vertrauensmänner in Bruck an der Mur am 13. September 1919 in einer Gegenresolution den Übertritt der kommunistischen Organisation zur sozialdemokratischen als nichtig erklärten. Am 1. Oktober 1919 fand schließlich in Graz wieder eine kommunistische Ausschusssitzung statt, bei der beschlossen wurde, sich wieder als eigenständige Organisation zusammen- und den Wienern anzuschließen.

Heimo Halbrainer



KLARTEXT

Robert Krotzer



FOTO: KPÖ

KPÖ: Die ersten 100 Jahre

Die KPÖ will vor allem durch ihre Arbeit an der Basis beweisen, dass sie eine nützliche Partei für die Menschen ist.

Als Partei für das tägliche Leben und für die großen Ziele der Arbeiterbewegung verleugnen wir unsere Geschichte nicht. Die KPÖ hat große Leistungen für Österreich erbracht. Dazu gehören der Nachweis der österreichischen Nation, der Widerstand gegen Hitler, das Eintreten für die Neutralität unseres Landes und der ständige Kampf für sozialpolitische Verbesserungen in der zweiten Republik.

Die steirische KPÖ hat in den 100 Jahren ihres Bestehens immer an dem Ziel festgehalten, das zu ihrer Gründung geführt hat: Überwindung des Kapitalismus mit dem Ziel einer sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft. Ihre Mitglieder waren und sind uneigennützig Interessenvertreter der arbeitenden Menschen.“



Manfred Mugrauer (Hg.):
**Partei in Bewegung.
100 Jahre KPÖ in Bildern.**
Wien: Globus-Verlag 2018
448 S., mit ca. 2.300 Abbildungen,
39,90 Euro

Erhältlich bei der KPÖ Graz.

Vor hundert Jahren, am 3. November 1918, wurde die Kommunistische Partei Österreichs gegründet. Sie ist damit die drittälteste kommunistische Partei der Welt und die älteste Partei Österreichs mit ungebrochener Kontinuität. Mehr als 2.000 Abbildungen aus 100 Jahren zeigen, was für Österreichs Kommunisten für alle Phasen der KPÖ-Geschichte kennzeichnend ist.

100 Jahre KPÖ: Das knallrote Geburtstagsfest

Sa. 17. November, ab 14 Uhr im Volkshaus Graz

Die KPÖ feiert ihren 100. Geburtstag. Aus diesem Anlass laden wir am Samstag, 17. November, zu einem Fest mit vielen interessanten Beiträgen im Grazer Volkshaus. Beginn ist 14 Uhr.

Nach der Begrüßung durch LAbg. Claudia Klimt-Weithaler tritt der berühmte **Triestiner Partisanenchor** auf.

Ernest Kaltenegger und Franz Stephan Parteder erzählen aus der Geschichte der KPÖ. Aufgelockert wird der Abend mit vielfältigen Beiträgen und Videos.

Neben einer Lesung von **Erich Hackl** werden Auszüge des Musiktheaters „Geschichten im Ernst“ präsentiert, auch **Kurt Palm** ist zu Gast. Vor dem Abendprogramm gibt es Gstanzln von **H.P. Falkner** und **Markus Binder**.

Das Abendprogramm bestreiten **ATTWENGER**.

Der Abend klingt mit DJ Adriana Celentana & Top*S aus.

KPÖ

http://kpoe-bildungsverein.at/

**KPÖ
BILDUNGSVEREIN**

Alle Veranstaltungen, wenn nicht anders angegeben,
im Volkshaus Graz, KPÖ-Bildungszentrum,
Lagergasse 98a • Tel. 0316 / 71 29 59

www.volkshaus-graz.at

**VOLKSHAUSGRAZ
LJUDSKIDOMGRADEC**

Lagergasse 98a

BUCHTIPP Von Leo Kühberger

PETER HAUMER: Geschichte der F.R.S.I.

Wer Peter Haumer mal „live“ erlebt hat, hat einen Eindruck davon bekommen, wie man Geschichtswissenschaft betreiben sollte: Voller Leidenschaft für das Thema und Parteilichkeit für die, die Geschichte machen, aber darin dann nie vorkommen. Zugleich ist Haumer stets von der Frage getrieben, wie uns diese historischen Erfahrungen noch heute dienlich sein können, um die bestehenden Verhältnisse umzuwerfen. Pünktlich zu den Gründungsfeierlichkeiten der Republik Österreich, deren Entstehung als historische und alternativlose Notwendigkeit dargestellt wird, macht Haumer in seiner Geschichte der F.R.S.I. deutlich, dass zumindest die Ereignisse der Jahre 1918/19 ein Prozess gewesen sind, der von einer revolutionären Dynamik geprägt war, dessen Ausgang offen und unbestimmt war. Die Debatten, die in der „Föderation Revolutionärer Sozialisten Internationale“ geführt wurden, sind teils von solcher Aktualität, dass man dem Buch nur wünschen kann, dass es nicht nur unter „Geschichte-Nerds“ Verbreitung findet. Beispielsweise gibt es eine hohe Skepsis gegenüber der Partei als Mittel der

revolutionären Veränderung, auch wenn Teile der F.R.S.I. später in die im November 1918 gegründete Kommunistische Partei aufgehen werden. Auch wenn man sich an manchen Stellen wünschen würde, etwas mehr darüber zu erfahren, wie wirkmächtig die Föderation tatsächlich war und wie in der Sozialdemokratie, die trotz allem Hunderttausende in ihren Reihen organisiert hatte, diese Debatten geführt wurden und wie sie in diesen Monaten der Revolution agiert hat, liefert Haumer eine überaus notwendigen anderen Blick auf die Anfänge der Republik.

Im Übrigen bin ich der Meinung, dass Bücher wie dieses im Buchhandel und nicht bei Thalia, Amazon oder Morawa erworben werden sollten.



Peter Haumer: Geschichte der F.R.S.I. Die Föderation Revolutionärer Sozialisten „Internationale“ und die österreichische Revolution 1918/19, Wien 2018, 284 Seiten, 17 EUR.



Wöchten Sie mit uns auf eine musikalische Reise gehen?...
... in einer Russischen Trojka über das schneebedeckte Sibirien
... und entlang der Ufer des legendenumwobenen Baikalsees?
...Wöchten Sie eintauchen in die Welt der Kosakenlieder und der Russischen Liturgie -

dann: **HERZLICH WILLKOMMEN** bei unserem Konzert!

Don Kosaken Morosoff

Sonntag, 25.11.2018 16:00

Volkshaus Graz

Traditionelle Lieder und Tänze der Kosaken

Eine Veranstaltung von Natalia Morosoff,
mit Unterstützung des KPÖ-Bildungsvereins

Info und Kartenbestellung unter Tel. 0650
4231788

Karten: AKK17 Euro, VVK15 Euro

Im Kartenhaus der Republik. Graz 1918 – 1938



**Ausstellung im
GrazMuseum bis 4.2.2019**

GRAZMUSEUM, Sackstraße 18, 8010 Graz,
Tel. (0316) 872 7600
ÖFFNUNGSZEITEN: Mi-Mo, 10-17 Uhr
So, 25.11.2018 | 15 Uhr gibt es eine Führung
€ 7,00 / € 5,00 erm. inkl. Führung, mit Jahreskarte nur € 2,00
Kinder und Jugendliche bis 18 Jahre: € 2,00



Freitag 21.12.2018, 19.30 Uhr

Christian Masser & Freunde

Volkshaus, Lagergasse 98a, 8020 Graz
Info & Karten: 0316/712479 und 0316/712959.
VVK € 14,- /AK € 15,-

Der Grazer Blues- und Country-Sänger Christian Masser lädt zum alljährlichen Weihnachtskonzert ins Volkshaus - mit einem neuen Programm und mit erlesenen musikalischen Gästen: Robert Masser (Gesang/Gitarre), Kurt Bauer (Geige), Gerhard & Fabian Steinrück (Kontrabass bzw. Schlagzeug).

Samstag, dem 24. November 2018:

Schon gehört? Volksmusik - Musik für Senioren

Brauhaus Puntigam – Saaleinlass 12.30 – Beginn 14.30 Uhr

Eintritt frei - Zahlkarten ab 6. November 2018 im Reisebüro Südländreisen, Stempfergasse 4, 8010 Graz

Oberkraner Musik und Musik von den Kernbuam bis Stoankogler Friedl Lazarus mit seinem Mooskirchner Quintett und Hans Gangl mit seiner Bloata Musi. Durch das Programm führt Paul Prattes

Weitere Infos: www.dbereich.org

Freier Eintritt!

Laut gegen Sozialabbau,
Rassismus oder die
Regierung der Reichen.
Graz sucht den besten
Protestsong 2018!

**8. GRAZER
PROTEST-
SONGCONTEST**

23. NOVEMBER • 20 UHR • VOLKSHAUS GRAZ

KJÖ & KSV

**Neundlinger
SINGT
Nöstlinger
und andere**

WOHNHA
DER GEM
ERRICHT
JAHREN

Mittwoch, 5. Dezember 2018, 19 Uhr
Volkshaus Graz, Lagergasse 98a

Tanzkurs für alle

Foto: Kanizaj Marija

Thessa Hinteregger und Iliyan Donchev

Die *Tanzschule Iliyan Donchev* (www.donchev.at) bietet als Einstimmung auf die **Volkshausredoute 2019** Tanzkurse für Balltäger und solche, die es noch werden wollen, an. Kursgebühr: Freiwillige Spende.

So. 13. Jänner 2018, 10-12 Uhr: langsamer Walzer und Discofox

So. 20. Jänner 2018 10-12 Uhr: Foxtrott und Salsa

Ort: Volkshaus Graz • Anmeldungen: office@donchev.at, 0664/6581 959 oder 0316/71 24 79

Der Ball für alle.

**Volkshaus
Redoute**

Eintritt: frei
Benefiz für Grazer Sozialeinrichtung

26.1.2019 20 Uhr
Samstag Einlass: 19:00

Volkshaus Graz
Lagergasse 98a, 8020 Graz
Reservierung: 0316 712479

VERANSTALTUNGSKALENDER

DAS ARBEITSZEITGESETZ NEU UND DIE AUSWIRKUNGEN AUF FRAUEN

Vortrag mit Mag.^a Biljana Bauer

Mittwoch, 14. November 2018, 18.30 Uhr

GEBURTSTAGSPARTY – 100 JAHRE KPÖ

Ein knallrotes Geburtstagsfest mit Attwenger, Kurt Palm, Erich Hackl, dem Triestiner Partisanenchor, Geschichten Im Ernst, Adriana Celentana & Top*S

Samstag, 17. November 2018, ab 14 Uhr

SMARTMETER - INFOVERANSTALTUNG

Was Sie über Smartmeter und Energiesparen wissen sollten

Montag, 19. November 2018,

WAS BEDEUTET SCHWARZ-BLAU FÜR DIE ARBEITERBEWEGUNG?

Dienstag, 20. November 2018, 19 Uhr

8. GRAZER PROTESTSONGCONTEST

Freitag, 23. November 2018, 20 Uhr

VERSCHWÖRT EUCH – HOW TO FAKE NEWS

Satirische Lesung mit dem Kollektiv Hydra

Freitag, 30. November 2018, 19 Uhr

NEUNDLINGER SINGT NÖSTLINGER

Konzert mit Beatrix Neundlinger & Band

Mittwoch, 5. Dezember 2018, 19 Uhr

CHRISTIAN MASSER & FREUNDE

Freitag, 21. Dezember 2018, 19:30 Uhr

Alle Veranstaltungen im KPÖ-Bildungszentrum, Lagergasse 98a,
8020 Graz



Briefe an die Redaktion

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen

Grazer Stadtblatt: Lagergasse 98a, 8020 Graz
Fax 0316 / 71 62 91. E-Mail: stadtblatt@kpoe-graz.at

Veranstaltungsaktionismus um die Burggasse verärgert Bewohner und Unternehmen!

Der zunehmende Veranstaltungsmarathon rund um die Grazer Oper ärgert nicht nur die Bewohner, sondern beeinträchtigt zunehmend auch die Unternehmen. Parkplatzsperrungen und Straßensperren verhindern die Zufahrt, verursachen Mega-Staus auf dem Joanneum Ring, und das mittlerweile im 14-Tages-Rhythmus. Aktuelle Baustellen an jedem Eck verschärfen die Belastung.

Bis vor kurzem hatte man sei-

tens der Stadt wenigstens darauf geachtet, dass die Veranstaltungen von Freitag bis Sonntag stattfinden, aber das ist jetzt auch vorbei. Der Graz-Marathon ufert immer weiter aus, Sperrung der Parkplätze von Freitag bis Dienstag. Am Donnerstag bereits die Aufbauten, die heuer zeitweise den Ring für zwei Stunden stillstehen ließen. Einsatzfahrzeuge mussten in einer Notsituation über die Radwege der Oper gelotst werden. Acht Tage später folgte die Heeres-Leistungsschau, wiederum mit Sperre der Parkplätze. Die Parkschilder werden schon gar nicht mehr weg-

geschafft. Nunmehr steht uns die Weihnachtszeit bevor, Sperrung der Parkplätze für den Verkauf der Christbäume.

Ob La Strada, Marathon, Opernredoute oder sonstige Events – alles spielt sich rund um die Grazer Oper ab.

Einige Bewohner und Innenstadtunternehmen sind bereits innerlich emigriert und überlegen ernsthaft den Auszug. Viele müssen hier im Quartier arbeiten, sind selbstständig oder führen ein Geschäft und beklagen zu Recht nicht nur Behinderung, sondern auch eine zunehmende Dauer-Geschäftsschädigung. Die Bewohner stöhnen über Lärmbelastungen von Mo-bis So. Dauerbaustellen, wie z.B. das Hadit-Haus – Baulärm seit 2016! – Events und Verkehrsbaustellen machen ihnen das Leben zur Hölle.

Diese Belastungen sind un-

erträglich und so nicht länger hinzunehmen. Bei allem Respekt vor Veranstaltungen, das Leben der Bürger und die Arbeit der Unternehmer geht vor!

Ingolde Tybery, Fa.
Result-Team KG, Burggasse 17

Mehr Kinderansagen in der Bim

Ich bin sehr viel in Graz unterwegs. Soeben lese ich in der Kleinen Zeitung, dass in den Öffis Kinder die Haltestellen ansagen sollen. Das finde ich ganz toll. Ich kenne es aus Bamberg, wo es seit vielen Jahren so gehandhabt wird und nicht nur für eine kurze Zeit, weshalb ich mir wünschen würde, dass dies auch in Graz von Dauer wäre, dass also nur noch Kinder die Ansage machen, was doch viel freundlicher wäre.

Paul Bacon

ADVENT-GENUSSSTAGE bei PETIT-DESSERTS

Immer vor den Advent-Wochenenden
Donnerstag von 10.00 – 13.00 Uhr und Freitag
von 15.00 – 18.00 Uhr

Kreieren Sie Ihre eigene Keksbox!

Und so funktioniert es:

- Vorbeikommen - Gustieren - Keksbox füllen
- Auch fertig gefüllte Boxen in verschiedenen Größen erhältlich!

Auf Ihr Kommen freut sich **Konditormeisterin Ursula Weber**

Grazer Straße 19b, 8045 Graz

Tel. 0699/1926 5070 • E-Mail: petit-desserts@gmx.at • www.petit-desserts.at



EIN STERN DER UNSERN NAMEN TRÄGT... Das ideale Geschenk und Mitbringsel



Südburgenländisches Arbeitsprojekt fertigt schöne rote Sterne.

Super für Garten, Hochbeet, größere und kleiner Blumentöpfe....

In den Größen 40 cm (€ 30,-), 30 cm (€ 25,-) und 20 cm (€ 25,-) mit variabel langer Metallstange (siehe Abbildung).

Bestellungen:
Kurt Luttenberger:
Tel. 0650 940 0681.

wicasa winu®



wicasa winu® ist eine human water clearing therapy, entwickelt von Geraldine Schmid: „Mich zieht es dorthin, wo die Menschen und ihre Sorgen zuhause sind. Ich greife bei meinen wicasa winu® „Heilsoundfrequenzen“ auf waltes Wissen zurück, wandle diese Frequenzen in eine Sprache um, die unsere Körper verstehen. Du kannst eine wicasa winu®, „Heilsoundfrequenz“ auch gerne testen.“

Die Methode wicasa winu® heilt nicht, wirkt keine Wunder und löst Deine Probleme nicht. ABER! wicasa winu® macht Dich wieder handlungsfähig, damit Du Dir selbst helfen kannst“
Geraldine Schmid: 0664/921 0445

www.wicasawinu.info



Arbeit gesucht

Verlässlicher, geschickter Handwerker sucht Verdienstmöglichkeit(en), z.B. kleine Reparaturen, Instandhaltungstätigkeiten etc., Tel. 0681 / 20797461



RED:OUT Stammtisch.
Offener Stammtisch
jeden ersten Dienstag im Monat
Di. 4. Dez 2018 - 18:30
Café Contra Punto,
Kosakengasse 9
Info: 0650 / 68 77 166
Jede/r ist willkommen!



Der SC Extraherb WS bietet offene Vereinsabende für Schachinteressierte: jeden Sonntag ab 15 Uhr, Kinderfreundeheim Wetzelsdorf. **Für Anfänger und Quereinsteiger:** Nach Bedarf, Anmeldung unter
Tel. 0699 100 435 28.

Gebäudeservice & Gartenpflege

- o Hausbetreuung
- o Rasenmähen
- o Gartenpflege, Heckenschneiden etc.

Ich freue mich auf Ihren Anruf!

0650/3835808





Tiere suchen ein Zuhause

TIERECKE

Beim Landestierschutzverein warten Haustiere auf neue Besitzer oder entlaufene Lieblinge auf ihre alten...

**Folgende Tiere vermittelt das Tierheim des Landestierschutzvereins, Grabenstraße 113, Graz
Tel. 0316 / 68 42 12**

www.landestierschutzverein.at



Rocky ist ein ca. 9 Monate alter Staffordshire-Terrier-Rüde und bereits kastriert. Er ist eine Seele von Hund, nur anfangs bei Fremden etwas schüchtern. Er benötigt Rassekenner und viel Liebe und Geduld.



Freddy ist ein ca. 5jähriger, kastrierter Tigerkater, der anscheinend nicht besonders viel Kontakt mit Menschen hatte. Er ist scheu und ängstlich und sieht seine Chance darin, auf einem Bauernhof oder ähnlichem leben und Mäuse fangen zu dürfen.



Shiela: Die belgische Schäferhündin ist ein Energiebündel, das gefordert werden will. Am Hundeplatz blüht sie auf. Leider mag sie keine anderen Hunde und Katzen. Ein sportlicher neuer Besitzer mit Hundeerfahrung wäre für die 9jährige Hündin genau das richtige.



Fabrizio ist ein kastrierter, ca. 3 Jahre alter Findlingskater, der leider nie vermisst wurde. Er ist eher schüchtern und sucht nach einem Platz, wo man ihm Geduld und Ruhe entgegenbringt. Der schwarze Kater braucht einen Einzelplatz.



Leo: Der 6-jährige, kastrierte Schnauzermischling Leo stammt ursprünglich aus schlechter Haltung, ist aber ein lustiger, fröhlicher Hund geblieben. Er hat allerdings einen starken Charakter und benötigt deshalb jemanden, der schon Erfahrung mit Hunden hat.



Haifa ist eine erst 7 Monate alte, ehemalige Streunerkatze. Sie ist noch sehr ängstlich und muss erst lernen, dass vom Menschen keine Gefahr ausgeht. Sie sucht ein Zuhause mit Freigang.



Maja: Die 8jährige dreifarbige Katze Maja ist anfangs etwas zurückhaltend und braucht deshalb ein ruhiges Zuhause. Mit anderen Katzen versteht sie sich normalerweise gut. Maja ist auf der Suche nach einem Platz mit Freigang.



Meerschweinchen: Wegen schlechter Haltung wurden mehr als hundert Meerschweinchen vom Amt abgenommen. Nun warten sie im Tierheim auf die besten Plätze bei Meerschweinchenliebhabern. Es sind hauptsächlich kastrierte Männchen, die auf ihre Chance warten!

GRAZER Stadtblatt-Schwedenrätsel

Das Lesen des Grazer Stadtblattes bietet hilfreiche Hinweise!

1. **Es** darf nicht arm machen. (S. 2-3)
2. Bei Wahlen in Graz hat die ÖVP 38 Prozent, bei **ihnen** aber 90! (S. 4)
3. **Hier** werden Menschen mit Behinderung und ihre Familien gut beraten. (S. 5)
4. **Sie** bekommen in der Linie 7 eine Stimme. (S. 6)
5. Es ist keine Schande, unter **ihnen** zu leiden. (S. 9)
6. So sagt der Volksmund: „Lieber reich und gesund, als arm und ...“ (S. 10)
7. Seit Schwarz-Blau das Sagen hat, muss **sie** online beantragt werden und wird nur mehr in Gutscheinen ausbezahlt. (S. 12)
8. Bei diesem Traditionsbetrieb gibt es Pfannen, Töpfe, Keksformen und Co. (S. 16)
9. Wird der arbeitende Mensch bald wieder **ihr** Anhängsel? (S. 17)
10. **Sie** steigt stark an in der Steiermark (S. 18)
11. Bei der Zerschlagung des Gesundheitswesens gibt **sie** den Takt vor. (S. 21)
12. **So** wird das Fest zum Hunderter der KPÖ. (S. 22-23)

Senden Sie die Lösung an: stadtblatt@kpoe-graz.at
Grazer Stadtblatt, Lagergasse 98a,
8020 Graz. Unter den Einsendungen werden Buchpreise verlost.



1 2 3 4 5 6 7 J 9 10 11 12 13 14 15 16

1918

KPO

2018

KPO
STEIERMARK

100



Ein knallrotes Fest zum 100. Geburtstag

ATTWENGER

TRIESTINER PARTISANENCHOR

ERICH HACKL • KURT PALM

ADRIANA CELENTANA & TOP*5

GESCHICHTEN IM ERNST • ERNEST KALTENEGER

FRANZ PARTEDER • CLAUDIA KLIMT-WEITHALER

17. NOVEMBER • 14 UHR
Volkshaus Graz
(Lagergasse 98a)

Einlass: 13 Uhr

Freier Eintritt
bis 19:30 Uhr!
Danach 10€ Eintritt.